Nr. 4 — Jahrgang 13 Einzelnummer 0,20 Zl. Donnerstag, den 5. Januar 1928

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 1. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Welches ist der richtige Weg?

von Eugen Peschka.

Die oben gestellte Frage wird für jeden volljährigen, wahlberechtigten polnischen Bürger in den nächsten Wochen akut. Die Periode vor den Wahlen wird von allen Parteischattierungen dazu benutzt, die Wählerschaft zu beeinflussen und ihr den angeblich richtigen Weg aufzuzeigen. Mit allerlei Begründungen versucht jede Partei zu beweisen, daß ausgerechnet ihr Weg der richtige ist und alle von den gegnerischen Parteien eingeschlagenen Wege unbedingt Irrwege sind. Wenn bei diesen Behauptungen auch manchmal der Mund zu weit aufgerissen wird — schadet nichts; wenn auch Versprechungen gemacht werden, an deren Erfüllung man von vornherein nicht denkt — ist nicht so tragisch zu nehmen. Man macht es sich ja so leicht gelegentlich wieder mit derselben Flut von Begründungen nachzuweisen, daß ausgerechnet die andere Partei daran schuld ist, daß dies oder jenes nicht durchgeführt wurde. Oder, daß unvorhergesehene Schwierigkeiten eingetreten wären, die die Durchführung vorläufig unmöglich machten. Bei der nächsten Gelegenheit, bei der nächsten Wahl wird skrupellos die alte Grammophonplatte wieder aufgedreht und dem erstaunten Stimmvieh dasselbe Lied vorgespielt. Es ist immer dasselbe Repertoir, immer dieselben Instrumente, die zur Agitation herangeholt werden, Religion, Vaterland, Nation, Glauben, Recht, Kirche und so weiter immer im Kreis herum bis zur Bewußtlosigkeit. Der arme Wähler faßt sich an den Kopf und weiß am Ende nicht wie der Anfang heißt. Und ratlos und ergeben wählt er wieder seine Schlächter selber.

Dies ist fast immer dasselbe typische Bild in allen Ländern, bis da oder dort mal der Riese: Arbeiterschaft sich den Schlaf aus den Augen reibt und sich auf sich selbst besinnt. Sich fragt, was Religion und Nation eigentlich mit seinen ureigensten Interessen zu tun hat. Denkt der Kapitalist beim Geldverdienen auch an den Himmel, oder der Bäcker beim Brötchenmachen an den lieben Gott? Ist nicht die Nation besser, bei der der Arbeiter auskömmlich lebt, als die bei der er hungern muß? Bietet ihm das Recht mehr Vorteile, welches von Spießbürgern und Kapitalsdienern fabriziert wird, oder dasjenige das seiner Klassenlage angepaßt ist? Ist es nicht günstiger für ihn, wenn der Staat, in dem er leben muß, von der Demokratie beherrscht wird, in der er auch seinen maßgebenden Einfluß hat als wenn eine rücksichtslose Diktatur einer Handvoll Geldmenschen regiert?

Dem Sozialismus bleibt es vorbehalten, diese Fragestellung bei Wahlen in den Vordergrund zu stellen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Massen der Rechtlosen zu mobilisieren und ihnen das Medusenhaupt der Vielversprecher zu enthüllen. Die Arbeitnehmer sind es, auf deren Rücken sich Wahlen immer und immer wieder abspielen und die die Kosten hierfür bezahlen müssen. Nicht nur die Handarbeiter, sondern auch die Angestellten und Beamten, kleinere u. mittlere Gewerbetreibenden, Staatsangestellten und Beamten müssen ein Interesse daran haben, daß eine Besetzung der Parlamente in ihrem Sinne erfolgt. Den armen Invaliden, Arbeitsveteranen und unglücklichen Kriegsopfern darf es nicht gleichgültig sein, in wessen Händen ihr Schicksal liegt. Den erbarmungswürdigen Witwen und Waisen, den unzähligen Hinterbliebenen der Opfer des Kapitals und des Imperialismus kann nur eine demokratische, arbeitnehmer-freundliche Parlamentsmehrheit wieder auf die Beine helfen.

Diejenigen Parteien, die bisher die Mehrheit in den Parlamenten hatten und maßgebenden Einfluß auf die Regierungsinstanzen ausüben konnten, besaßen die Möglichkeit zu zeigen, was für ein gutes Herz für die breiten Volksschichten in ihrer Brust schlägt, deren Unterstützung sie ihre einflußreiche Position zu verdanken haben. Was haben sie getan, um ihren Versprechungen zur Wirklichkeit zu verhelfen. Nichts, nichts und dreimal nichts!

Der richtige Weg kann also garnicht zweifelhaft sein! Sollen die Wähler wieder genarrt werden, sollen sie sich wieder vertrauensselig denen in die Arme werfen, die nichts als nur Versprechungen für sie übrig haben. Fünf Jahre sind ein zu langer Zeitpunkt, als daß man wieder seine Vertretung denselben Leuten anvertraut, die gar nicht die Absicht haben, etwas ihres Scheinprogramms durchzuführen. Die, wenn sie erst mal in ihren Pöstchen sitzen, alles beiseite legen, was sie in ihren Wahlaufrufen so begeistert den Wählern zum Morgenkaffee servierten. Fünf Jahre sind kein Pappenstiel. Fünf Jahre sind gewiß ein Zeitabschnitt, in denen man eine Welt verbessern könnte von Grund auf. Sie sind aber ein gewaltiger Zeitraum, eine lange, lange Zeit, in welcher eine Menge Arbeit zum Besten der arbeitenden Volksschichten geleistet werden kann, wenn man nur will. Und wenn man die Möglichkeit hat. Daß alle die Herren diese Möglichkeit hatten, wird wohl nicht abgestritten werden können. Daß aber alle jene Parteien, die heut wieder unter allen möglichen Bezeichnungen und Firmenschildern um die Gunst der Wähler buhlen, nicht den guten Willen hatten wird wohl auch nicht behauptet werden können. Es sind also nicht etwa leere Behauptungen, die wir hier aufstellen, sondern Tatsachen, die durch die Praxis und die Erfahrungen der letzten Jahre zur Genüge bewiesen sind. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen und nach ihren Taten sie beurteilen. Ihre Taten waren alles andere nur nicht arbeitnehmerfreundlich, hatten das Gegenteil von dem zur Folge, was versprochen war. Die Früchte ihrer Arbeit werden eine furchtbare Saat aufkeimen lassen, die sie sich nicht erträumen. Es wird einst ein Erwachen geben, daß ihnen die Augen aufgehen. Die Arbeiter, Angestellten und alle die Bedrückten werden ihnen die Quittung geben für alles das, was an ihnen versäumt wurde.

Der richtige Weg zum Ziel, ist der Weg zum Sozialismus, zur echten Demokratie! Dieser Weg muß beschritten werden, jetzt, bald oder nie. Die deutsche und polnische Arbeiterklasse Oberschlesiens hat den ersten Wurf getan. Sie hebt das Banner der Völkerverständigung, des Weltfriedens, der Menschenwürde und der friedlichen Zusammenarbeit empor, um alle diejenigen, die wirklich guten Willens sind, zu sammeln und sie einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Ohne Versprechungen zu machen, will die geeinte Sozialdemokratie weiter mit konzentrierter Kraft für den Fortschritt und die Hebung der Lebensbedingungen aller Gedrückten eintreten. Sie will dies tun ohne Rücksicht auf nationale Zugehörigkeit und religiöse Bekenntnisse. Aber nicht nur bloße Arbeitnehmerinteressen liegen ihr am Herzen, vielmehr noch die Befriedung unserer engeren Heimat. Und das ist es, was unseren Volksgenossen vom anderen Lager nicht einleuchtet. Wenn sie es schon nicht verstehen wollen, daß es unter Berücksichtigung unserer Klasseneinstellung uns nicht so leicht fällt, Leuten vom Schlage eines Sabaß Pant usw. Gefolgschaft zu leisten, so könnte man aber doch verlangen, daß sie begreifen, daß mit derselben Politik, die sie bisher betrieben haben, im Interesse der deutschen Minderheit nichts oder nicht viel zu erreichen ist. Gewiß bluten noch viele Wunden, die Völkerverhetzung u. Intoleranz geschlagen haben. Gewiß wird die Kluft, die zwischen Volksgenossen deutscher und polnischer Ueberzeugung geschaffen wurde, nicht von heut auf morgen zu überbrücken sein. Es wird noch lange nationaler Hader die Aufwärtsentwicklung unserer Heimat hemmen. Aber einmal muß es doch anders werden. Einmal muß doch der Anfang zur Aenderung gemacht werden. Da er von den Nationalisten beider Lager nicht zu erwarten ist — wollen wir beginnen — wir die geeinte deutsch-polnische Sozaldemokratie. Gerade deswegen, weil wir wissen, daß Arbeiter und Angestellte am allermeisten unter der nationalen Unduldsamkeit zu leiden hatten. Und weil wir wissen, daß die Sozialisten aller Länder stets den Weg der Verständigung, des friedlichen Ausgleichs angestrebt und damit manchem Stück Erde den Frieden und die Ruhe gebracht haben.

Wir kämpfen mit der polnischen Sozialdemokratie um die Erhaltung und Erweiterung der kulturellen Autonomie, nicht nur der deutschen, sondern aller Minderheiten des polnischen Staates. Die Genfer Konvention in Oberschlesien soll weiter die Grundlage der Betätigung der deutschen Minderheit sein. Wir haben den Glauben, daß die polnischen Klassengenossen uns in unserer Arbeit für das deutsche Volkstum Oberschlesiens ihre Hilfe leihen werden, daß endlich auch in unserem Gebiete Ruhe und Frieden wird. Eine starke sozialistische Partei im künftigen Sejm und Senat einer demokratischen polnischen Republik wird in der Frage der nationalen Minderheiten, also auch der deutschen Minderheit sicherlich eine Lösung bringen, die von uns allen so sehnlichst herbeigewünscht wird. **Alle Stimmen gehören also der Liste der P. P. S., der Liste der vereinigten deutschen und polnischen Arbeitnehmer; auf sie müssen sich alle diejenigen vereinigen, die eine Aenderung der augenblicklichen Verhältnisse in sozialer wie in nationaler Beziehung herbeiwünschen.**

Dies ist der einzig richtige Weg!

Keine Bevorzugung Frankreichs

Das Echo des Paktangebots — Eine Anregung Briands — Einschränkungen durch Amerika

Berlin. Einer Abendblattmeldung aus Washington zufolge, schreibt die „Washingtoner Post" im Zusammenhang mit den französischen Paktverhandlungen offiziös, Frankreich wünsche offenbar einen Vertrag, der, wenn er auch kein formelles Bündnis wäre, so doch den Anschein erwecken müßte, daß Frankreich sich der besonderen Freundschaft freute, wobei die Folgerung sein würde, daß ein so guter Freund es wohl nicht übers Herz brächte, in Dingen der Kriegsschulden rücksichtslos vorzugehen. Das Blatt weist eine solche Eventualität zurück und schreibt: „Amerika würde jeden Vertrag ablehnen, der Frankreich als besonderem Freund eine Vorzugsstellung einräumen würde. Die Vereinigten Staaten wünschen Freund aller Nationen zu sein." Die amerikanische Regierung sei gewillt, mit allen Nationen zusammen Hindernisse gegen den Krieg zu errichten, werde aber nicht mit einer einzelnen vereinbaren, daß es niemals und unter keinen Umständen einen Krieg erklären werde.

Der Widerhall des Antikriegspaktes

Paris. Ueber die beiden am Quai d'O[illegible] eingelaufenen Noten der Regierung der Vereinigten Staaten [illegible] den Abschluß eines französisch-amerikanischen Antikrieg[illegible]ttes behandeln, verlauten eine Reihe von Einze[illegible] für alle europäischen Staaten von besonderem Inte[illegible]

Der „Intransigeant" glaubt zu [illegible] sich die Vereinigten Staaten in den beiden Noten [illegible] Universalfriedenspakt aussprechen und den Anregun[illegible]ands nicht in allen Punkten folgen. — Eine Depesche [illegible] Radioagentur, die die Abendblätter wiedergeben, spricht davon, daß die Vereinigten Staaten einen Vertrag, der nur Frankreich und die Vereinigten Staaten, wie es Briand angeregt hat, umfasse, für ausgeschlossen erachten. Man erklärt, daß eine Kundgebung einer Reihe von Staaten mit dem Kri[illegible]gen für allemal Schluß zu machen, die Unterzeichner nur e[illegible] binden würde. Als Unterzeichner einer derartigen Erklärung kämen nach der Radioagentur außer Frankreich noch die Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Italien und Japan in Frage.

Halb offiziell bemerkt der „Temps", daß diese Radiomeldung die französisch-amerikanischen Verhandlungen nicht genau wiedergebe. Es handle sich nur darum, den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, der im nächsten Monat ablaufe, zu erneuern. Erst in später zu führenden Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und den anderen Mächten könnten Verträge abgeschlossen werden, die dem Wunsch nach einem ewigen Frieden Ausdruck verleihen.

Aus diesen, zum Teil sich widersprechenden Urteilen der französischen Presse geht jedenfalls das eine hervor, daß man in Paris mit der Antwort der Vereinigten Staaten nicht ganz einverstanden zu sein scheint. Die Vereinigten Staaten haben, wie verlautet, unter Berufung auf die Monroedoktrin und ihre Staatsverfassung darauf hingewiesen, daß man einen Vertrag, der jeden Krieg ausschließt, mit einer europäischen Macht nicht schlichten könne, und haben damit tatsächlich einen der wichtigsten Punkte des Brandschen Vorschlages abgelehnt. Andererseits sollen die Vereinigten Staaten erklärt haben, den mit Frankreich abzuschließenden Schiedsgerichtsvertrag auf alle diejenigen Streitfälle auszudehnen, die die nationalen Interessen der Vereinigten Staaten nicht berühren und die Monroedoktrin nicht antasten. Sollten aber Frankreich oder irgend ein anderer europäischer Staat die Absicht haben, den Vereinigten Staaten gegenüber eine Erklärung abzugeben, die die Verurteilung eines Gegenkrieges überhaupt enthält, so würde dies in Washington sicherlich mit Befriedigung aufgenommen werden. Dann würde eine derartige Erklärung nur denjenigen Staat, der sie abgibt, nicht aber die Vereinigten Staaten, verpflichten.

Aus der Wahlbewegung

Warschau. Als Spitzenkandidat der polnischsozialistischen Staatsliste wird der Führer des Zentrums der Partei, Ignacy Daszynski, benannt. In einer Besprechung der Zentralleitung der Partei ist zwischen den Sympathikern Pilsudskis und dem radikalen Flügel über die Verteilung der Mandate volle Einigkeit erzielt worden, auch die Vertreter der Klassenkampfgewerkschaften werden bei der Mandatsverteilung genügend berücksichtigt werden.

Aus Lodz wird berichtet, daß die Mission der Regierungsdelegierten Slawek und Beck zwecks Bildung eines Regierungsblocks gescheitert sind. Leutnant Slawek und Oberst Beck versuchten zwischen der N. P. R.-Lewica und dem Vertreter der deutschen Industriellen, Grohmann, einen Wahlblock zu schaffen. Die Vermittlung mußte scheitern, weil die N. P. R. befürchtet, durch eine Bindung mit den Industriellen unter der Arbeiterschaft Einfluß zu verlieren, was schon an sich der Fall ist.

Die Zentralleitung der Witospartei tritt heut in Warschau zusammen, um über die Vorverhandlungen mit der Christlichen Demokratie zwecks eines gemeinsamen Wahlblocks endgültige Beschlüsse zu fassen.

In Regierungskreisen ist man über den Stand der Wahlblockverhandlungen sehr befriedigt, wie wie dies aus den Berichten der nach Warschau berufenen Wojewoden hervorzugehen scheint. In unterrichteten Kreisen glaubt man feststellen zu können, daß die Aktion der Regierung vollkommen gelungen ist.

Vor einer Verfassungsreform?

Warschau. Einer Information des „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ zufolge beabsichtigt die polnische Regierung im kommenden Sejm verschiedene Projekte einer durchgreifenden Verfassungsreform einzubringen, die sich in erster Linie auf die Stellung des Staatspräsidenten beziehen sollen. Der Präsident soll diesem Projekt zufolge nicht mehr durch das Parlament, sondern durch das gesamte Volk gewählt werden, wodurch der Einfluß der Parteien ausgeschaltet würde. Wie vorauszusehen war, stößt das Projekt vornehmlich in den Kreisen der polnischen Rechtsparteien auf starke Widerstände, die dadurch ihren Einfluß wankend fühlen, während die Linke und ein Teil der Mittelparteien sich für die Grundsätze einer direkten Wahl ausgesprochen haben sollen. Allem Anschein nach handelt es sich bei der Verfassungsreform um Bestrebungen, die eine Erweiterung der Befugnisse des Staatspräsidenten bezwecken sollen, was in der Linie der bisher von Pilsudski eingehaltenen Politik liegt, die auf Machtzentralisation der Regierung und Unabhängigkeit vom Parlament gerichtet sind. Würde ein solches Gesetz angenommen werden, so wären damit auch die Gründe hinfällig, die Pilsudski nach dem Maiumsturz im Jahre 1926 seine Wahl zum Staatspräsidenten ablehnen ließen. Da Pilsudski bekanntlich in der breiten Masse des Volkes die Stimmung auf seiner Seite hat, so wird nicht ausgeschlossen sein, daß er nach Erweiterung der Machtmittel bei der nächsten Gelegenheit eine solche Wahl annehmen würde.

Die Kämpfe in Nicaragua

Neuyork. Wie aus Nicaragua berichtet wird, sind die Anhänger des Generals Sandino auch in einem zweiten Gefecht geschlagen worden. Die amerikanischen Verluste im Verlaufe der letzten Kampfhandlungen werden mit einem Toten und fünf Verwundeten angegeben. Die Truppen Sandinos sollen angeblich schon in der ersten Schlacht 100 Tote gehabt haben. Wie jetzt festgestellt werden konnte, befindet sich das Hauptquartier Sandinos in der Nähe von El Chipote, 18 Meilen von Quilali entfernt, am Rande einer Urwaldwildnis, in der sich die Nicaraguaner glänzend verstecken können. Die Amerikaner rechnen mit einer längeren Dauer der Feindseligkeiten. Washington will aus diesem Grunde noch weitere Truppen nach Nicaragua entsenden. Vielfach wird befürchtet, daß General Sandino über die Grenze von Honduras entkommen könnte. Die amerikanischen Truppen haben jetzt in der Nähe von Quilali ein festes Lager bezogen und senden von dort aus einzelne Streifzüge gegen die Sandinotruppen. Die Tätigkeit der im Kampfgebiet eingesetzten amerikanischen Flugzeuggeschwader soll den Nicaraguanern beträchtliche Verluste zugefügt haben. General Sandino wird von vielen seiner Anhänger als Märtyrer verehrt.

*

Neuyork. Wie aus Washington berichtet wird, hielt das Kabinett unter Vorsitz des Präsidenten Coolidge eine Sitzung ab, die der Besprechung der Lage in Nicaragua galt. Dabei wurde u. a. die bereits gemeldete Entsendung weiterer amerikanischer Marinetruppen nach Nicaragua beschlossen.

In amerikanischen politischen Kreisen rechnet man trotz der optimistischen Erklärung der Regierung mit neuen größeren Schwierigkeiten in Nicaragua. Man vermutet, daß General Sandino von mexikanischer Seite unterstützt wird und befürchtet, daß die öffentliche Meinung Mittelamerikas erneut stark für General Sandino eintreten werde. Dies wäre Washington besonders deswegen unangenehm, weil damit die beabsichtigte Wirkung des Lindberghfluges nach Mittelamerika aufgehoben werden würde und weil demnächst die panamerikanische Konferenz beginnt, die Coolidge zu besuchen beabsichtigt.

Der Dawesplan muß revidiert werden

Paris. Die Mittagszeitung „Paris Midi“ veröffentlicht in ihrem Wirtschaftsteil Erklärungen, die Sir J. Stamp, einer der englischen Unterzeichner des Dawesplanes, einem Korrespondenten des Blattes gegeben hat. Danach habe er auf die Frage, ob man den Dawesplan revidieren werde, geantwortet, man werde doch wohl zu einer allgemeinen Revision kommen müssen. Er denke nicht nur an die Besonderheiten des Dawesplanes. Man werde so weit gehen müssen, die bis jetzt angewandten Methoden zu prüfen, jedoch werde man diese Aenderungen nur in einem rein wirtschaftlichen Geiste ohne jeden politischen Gedanken erörtern müssen. Auf die Frage: „Fassen Sie das alles für die nahe Zukunft ins Auge?“ — habe Sir J. Stamp geantwortet, man dürfe nicht allzu lange warten.

England und die französisch-amerikanischen Antikriegspaktverhandlungen

London. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erinnert im Zusammenhang mit den französisch-amerikanischen Vertragsverhandlungen daran, daß auch zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten ein Schiedsgerichtsvertrag bestehe, ferner eine Konvention, die die Einsetzung von Kommissionen für die Untersuchung und Beilegung von möglichen Streitigkeiten zwischen beiden Ländern vorsehe. Daneben ist ein weitergehender englisch-amerikanischer Vertrag fertiggestellt worden, dem jedoch der amerikanische Senat seine Zustimmung versagt habe. Diese Tatsache müsse zu einer zurückhaltenden Beurteilung hinsichtlich der Modifizierung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages führen. Die geplanten Veränderungen hätten ihren Wert als moralische Geste. Von amerikanischer wie von französischer Seite seien Vorbehalte über die Anrufung des internationalen Schiedsgerichtshofes gemacht worden, da Amerika gegen eine automatische Anrufung des Schiedsgerichtshofes sei, während Frankreich gewisse konstitutionelle Vorbehalte mache. Der Korrespondent des englischen Blattes weist ferner darauf hin, daß auch Großbritannien dem Abschluß eines Antikriegsvertrages mit den Vereinigten Staaten begrüßen würde. Der amerikanische Botschafter in London habe einen solchen englisch-amerikanischen Pakt vor etwa einem Jahre vorgeschlagen.

Elsässische Blätter zur Autonomistenbewegung

Straßburg. Die vom „Temps“ abgedruckten Mitteilungen, wonach die autonomistische Bewegung im Elsaß durch deutsche Gelder finanziert worden sei, werden von einer Anzahl elsässischer Blätter mit humoristischen und sarkastischen Wendungen kommentiert. Gleichzeitig wird betont, daß die Richtigkeit jener Meldungen stark angezweifelt werden müsse, so lange ein positiver Beweis noch nicht erbracht sei.



Wie sie[illegible]kreich den Ursprung der Autonom[illegible]egung im Elsaß vorstellt

Das wahre auf [illegible]che, von Deutschland vorgeschobene Elsaß zeigend: „Nu[illegible]ie dort wollen die Autonomie!“

(„Cyrano“.)

Ein Dampfer mi[illegible] 250 Passagieren unterg[illegible]angen

Bukarest. Nach Meldungen [illegible]us Constanza geriet der russische Personendampfer „Og[illegible]a“ auf der Reise zwischen Nikolajewsk und Nowo[illegible]ssijsk in einen heftigen Sturm. Der Dampfer wurde leck und ging innerhalb kurzer Zeit unter. Eine Rettungsaktion war infolge des schnellen Sinkens des Dampfers unmöglich. 250 Passagiere fanden den Tod in den Wellen, darunter eine Gruppe von 50 Schülern.

Die Regierungskrise in Danzig

Berlin. Wie die Berliner Blätter aus Danzig berichten, sind die Verhandlungen über die Regierungsbildung zwischen Sozialdemokraten, Zentrum und Liberalen am Dienstag nachmittag als ergebnislos abgebrochen worden. Das Zentrum erklärte sich mit der Forderung der Sozialdemokraten und Liberalen auf Aenderung der Verfassung im Sinne einer Umwandlung des parlamentarisch nicht verantwortlichen aus Beamten bestehenden Teil des Senats in einen nur parlamentarischen Senat nicht einverstanden. Die Sozialdemokraten dagegen machten ihre Zustimmung zu einer Verkleinerung des Volkstages von der Umwandlung des Senats abhängig.

Briands militärische Kenntnisse

London. Der „Evening Standard“ weist heute darauf hin, daß der französische Außenminister Briand etwas im unklaren über die Stärke der französischen Armee zu sein scheine. In der Kammer habe er kürzlich von 550 000 Mann gesprochen, in einem Interview mit dem Korrespondenten einer Berliner Zeitung aber 750 000 Mann genannt. Das sei zwar eine geringere Armee als im Jahre 1914, als Frankreich die dreijährige Militärpflicht hatte, aber es sei eine enorme Armee, die in Friedenszeiten und nach der Abschaffung der allgemeinen Dienstpflicht in Deutschland von Frankreich noch unter den Fahnen gehalten werde. Es sei durchaus irreführend, wenn Briand davon spreche, daß Frankreich ein gutes Beispiel für die allgemeine Abrüstung gegeben habe. Die Abrüstung in Frankreich werde erst beginnen, wenn die Nachkriegsarmee vermindert werde. Bisher sei nicht ein einziger Mann abgebaut worden.

Bolschewistenfurcht in Indien

London. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ meldet in einem Telegramm über „Bolschewistische Umtriebe in Indien“ u. a.: „Nach dem Mißerfolg in China wendet sich jetzt die kommunistische Propaganda Zentralasien zu, wobei Afghanistan zu ihrem Durchgangsland gemacht werden soll. Der König von Afghanistan, der von russischer wie von indischer Seite sorgfältig beobachtet wird, bemüht sich, einen mittleren Kurs zu steuern. Er ist Großbritannien durchaus nicht abgeneigt, aber in seiner Regierung gibt es starke antibritische Einflüsse.

Deutsche Hilfe für inhaftierte Sowjet-Russen

Schanghai. Das deutsche Generalkonsulat in Schanghai hat wegen zweier inhaftierter Sowjetrussen beim hiesigen chinesischen Außenkommissar einen Schritt unternommen. Zeitungsberichten zufolge sollen sich die beiden Russen seit 12 Tagen im Hungerstreik befinden. Von deutscher Seite wird betont, daß es sich um einen rein humanitären Schritt handele, da die Sowjetrussen von dem chinesischen Gericht angeblich bereits freigesprochen seien, aber trotzdem noch weiter festgehalten würden. Ein Eingehen auf vergangene politische Vorgänge wird deutscherseits abgelehnt. Morgen wird hier der russische Generalkonsul aus Kanton eintreffen. Er hat sich mit der Bitte um Vermittlung an das deutsche Generalkonsulat gewandt, da die Behörden in Schanghai die Landung verweigern.

Das Schicksal des Kabinetts Poincaree

Paris. „Echo de Paris“ wirft der journalistische Vertrauensmann Poincarees, Marcell Hutin, die Frage nach dem Schicksal des Kabinetts Poincarees nach den Neuwahlen auf. Er erklärt, daß das gegenwärtige Kabinett sich möglicherweise auch der neuen Kammer vorstellen werde, falls ihre Zusammensetzung nach der Meinung Poincarees ihm die Fortführung der Sanierung gestatten würde. Poincaree werde auf alle Fälle die entscheidenden Maßnahmen für die Stabilisierung des Franken erst nach dem Zusammentritt der neuen Kammer ergreifen.

Bombenwürfe in Schanghai

Peking. Nach Meldungen aus Schanghai wurden im chinesischen Viertel von Schanghai von unbekannten Tätern zwei Bomben geworfen, die allem Anschein nach die Kaserne des 61. Regiments vernichten sollten. Die Kaserne selbst blieb jedoch unbeschädigt; dagegen sind sämtliche umliegenden Gebäude stark demoliert worden. Im Chinesenviertel Schanghais ist daraufhin der Kriegszustand erklärt worden.

Die ferne Frau

Roman von Paul Rosenhayn.

7)

Ove saß mit geballten Fäusten hinter seinem Protokoll; bei den Worten des Richters mußte er an eine Szene denken, die er einmal im Walde von Klampenborg beobachtet hatte: eine Spinne, eine große entsetzliche Kreuzspinne kroch mit behaglicher Langsamkeit auf eine kleine, muntere, farbenfrohe Libelle zu, die sich in ihrem Netz gefangen hatte. Bei jeder Bewegung, die die Spinne auf sie zu machte, zappelte die Libelle entsetzt mit ihrem ganzen Körper; aber jedes Zappeln verstrickte sie fester in die raffiniert gelegten Fäden. Er wußte, daß jedes Wort des Richters Lüge war, daß Lystrup nur einen einzigen Wunsch hatte, Helene zu überführen, um Karriere zu machen. Das war nicht mehr die Taktik eines Richters, nicht die Strategie eines Wahrheitsuchers; das war Inquisition — sadistisches Raffinement. Er wandte sich zu Lystrup herum; der beachtete ihn nicht.

„Sehen Sie, Fräulein Wassiliew: es gibt eine innere Wahrscheinlichkeit der Dinge. Das werden auch Sie als Laien verstehen. Der Besucher wußte zweifellos, als er Ihnen das Bild gab, daß Sie es in die Hände der Gräfin Bunin weitergeben würden. Oder vielmehr: die Botschaft, die es enthielt. Die Gräfin Bunin ist uns bekannt als eine gefährliche politische Agentin: sie ist die Leiterin der Pariser bolschewistischen Zentrale für ganz Europa. Und Sie, Fräulein Wassiliew, sind ihre Komplizin!“

„Das ist nicht wahr!“ schrie Helene auf.

„Doch. Es ist wahr. Sie hätten — wenn unsere Beamten den Brief nicht entdeckt und dadurch seine Beförderung verhindert hätten — unser Land in eine furchtbare politische Verwicklung, vielleicht in einen blutigen Umsturz hineingesetzt; Sie wußten, daß die geographische Lage unseres Landes es zu besonderer Vorsicht zwingt. Dieses Land ist das Geburtsland Ihrer Mutter — das läßt Ihre Tat noch verabscheuungswürdiger erscheinen, Fräulein Wassiliew!“

Helene schöpfte ein paarmal tief Atem; dann sagte sie leise, mit geschlossenen Augen:

„Ich hatte keine Ordre, das Bild an die Gräfin Bunin weiterzugeben. Nicht einmal ihre Adresse ist mir bekannt, ich sagte es Ihnen schon. Lediglich ihren Namen kenne ich.“

Lystrup nickte. „Aus Ihren Worten höre ich heraus: Sie hatten den Brief zwar nicht an die Gräfin Bunin, wohl aber an eine andere zwischen Ihnen und der Gräfin Bunin stehende Person abzugeben. Ist es so?“

Helene zuckte die Achseln.

„Es freut mich, daß Sie nicht mit Nein antworten. Sie geben damit wenigstens das eine zu: daß Ihnen die Existenz des Briefes bekannt war. Damit wären wir immerhin einen kleinen Schritt weitergekommen, Fräulein Wassiliew.“

Helene machte eine verzweifelte Bewegung; wieder glitt ihr Blick zu Boye hinüber, der mit trostlosen Augen vor sich niedersah.

„Würden Sie jetzt noch die Güte haben, uns zu sagen, wer die Person ist, der Sie den Brief zu übergeben hatten?“

„Nein!“ sagte Helene kurz und scharf.

„Wirklich nicht?“ Lystrup verzog den Mund zu einer Grimasse. „Nun, es ist nicht so besonders wichtig; wir kennen den Adressaten ohnehin.“

Ove sah, daß Helene wankte. Er wollte sich erheben, um ihr beizustehen; aber schon stützte sie sich mit zitternden Händen auf die Barriere. Die beiden Männer hefteten ihre Augen schweigend, in atemloser Erwartung, auf die vor ihnen Stehende, die in sich zusammenzusinken schien. Sie beugte sich kraftlos über die Barriere. Ihr blasses Gesicht zuckte und ihr flackernder Blick irrte hinüber in die Augen des Richters, der sie unverwandt betrachtete.

„Mein Herr,“ stammelte sie keuchend — „ich bin in eine Situation geraten, die mich völlig verwirrt. Jeder Schritt, den ich tue, jedes Wort, das ich spreche, bringt mir neues Unheil — ich wage kaum zu atmen — die Luft dieses entsetzlichen Hauses ist erfüllt von feindseligen und furchtbaren Dingen. Ich bitte, glauben Sie mir: ich bin völlig unschuldig — man hat mir eine Falle gestellt … man hat mich nach einem bestimmten Plan ins Verderben gelockt.“

Lystrup räusperte sich. „Wer sollte daran ein Interesse haben, Fräulein Wassiliew? Wer könnte Sie ins Verderben locken wollen? Und zu welchem Zweck?“

Sie zuckte trostlos die Achseln. „Ich weiß es nicht. Ich habe keinen Feind. Ich begreife das alles nicht — aber eine andere Erklärung gibt es nicht. Alles muß sich aufklären. Ich flehe Sie an, mein Herr: lassen Sie mich frei … lassen Sie mich frei, Herr Richter!“ Während sie Lystrup ins Gesicht sah, erkannte sie das lächelnde Glimmen in seinen Augen, das ein Nein bedeutete. „Ich bin bereit, eine Kaution zu stellen, ich bin wohlhabend; ich bin bereit, mich zu verpflichten, zurückzukehren, wenn Sie mich rufen; zum Prozeß, zum Termin, zur Verhandlung — ich weiß nicht, wie Sie diese Dinge nennen — aber jetzt, in dieser Stunde noch, muß ich frei sein. Es ist nicht meinetwegen — es gilt, Tausende von Menschen zu retten: vor dem sicheren Tode. Lassen Sie mich frei, mein Herr! Oder Tausende von Menschen müssen sterben!“

In Lystrups Züge trat jener Ausdruck, auf den Boye mit bebender Angst gewartet hatte: das Lächeln des Jägers, der sein Wild in der Falle sieht. „Das ist ja sehr interessant“, sagte er mit seiner zärtlichen Stimme, die erfüllt war von Hohn und Triumph. „Das ist ja außerordentlich interessant, meine Gnädigste. Sie gestehen also, daß weit mehr hinter Ihnen steckt, als wir vermutet hatten. Weit mehr und weit Gefährlicheres.“ Und dann, mit blitzschnellem Instinkt auf einmal seine Taktik wechselnd, richtete er sich auf und lächelte. Ein gütiges, offenes, freundliches Lächeln, das ihm — auch das wußte Boye aus Erfahrung — beliebig zu Gebote stand. „Ich will Ihnen einen Vorschlag machen, Fräulein Wassiliew. Sie sehen, ich habe bisher keine Zeile von Ihrer … Verneh … von unserer Unterhaltung protokollieren lassen. Mir liegt daran, Ihnen zu beweisen, daß ich nicht Ihr Feind bin; ja, ich möchte Sie endgültig überzeugen, daß ich selbst den Wunsch habe, Sie in Freiheit zu setzen. Betrachten Sie das, was wir jetzt sprechen, als privat“. Er drehte den Kopf herum zu Boye, als ob er gleichzeitig an die Diskretion des Mithörers appellierte. „Sagen Sie mir —“ er dämpfte seine Stimme zu einem vertraulichen Flüstern — „sagen Sie mir, wer die Menschen sind, von denen Sie sprechen: diese Tausende, die sterben müssen, wenn Sie nicht in Freiheit kommen — sagen Sie mir, um was es sich handelt. Streng privat, ich wiederhole es. Ich werde dann alles tun, was in Ihrem Interesse liegt — wenn ich es erreichen kann, will ich dafür plädieren, daß Sie auf der Stelle in Freiheit gesetzt werden.“

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Weitere Verhandlungen in der Arbeitszeitfrage

Am gestrigen Tage tagte wiederum die Tarifgemeinschaft mit den Betriebsräten, um über die Auslegung des Regierungsbeschlusses weiter zu beraten. Die einzelnen Hütten hatten durch ihre Beriebsräte die einzelnen Abteilungen, die für die Ueberleitung in Frage kommen, genau umrissen, welche Art von Arbeitern zu dem Betrieb gehören, unterbreitet. Das Material war sehr umfangreich, denn die **Arbeitgeber** haben sich mit allen Mitteln trotz der Ablehnung des Regierungsbeschlusses auf die Gruppen begrenzt, die den ausdrücklichen Namen eines Stahlgießers oder eines Kesselheizers mit Handbeschickung usw. haben. Hier scheint, daß die Arbeitgeber die stark erregte Arbeiterschaft herausfordern. Es scheint, als wenn der Arbeitgeberverband sich von den Pflichten der Verantwortung als entbunden fühlt. Da die Gewerkschaften mit den Regierungsvertretern die Verhandlungen pflegen und die Regierung nunmehr durch Bekanntmachungen auch in Oberschlesien ruhige Verhältnisse schaffen will, der Arbeitgeberverband aber neue Schwierigkeiten bei der Ueberleitung inszeniert. Die Tarifgemeinschaft mit den Betriebräten hatte nach Ordnung des Materials sich zum Demobilmachungskommissar begeben und dort sehr ausführlich über den augenblicklichen Zustand debattiert. Es wird nochmals festgestellt, daß die Betriebsräte bei den einzelnen Verwaltungen ständig zu intervenieren haben, denn der Demobilmachungskommissar und damit die Meinung der Regierung steht auf dem Standpunkt, daß nicht nur der bezeichnete Mann, sondern wenn es sich um Stahlgießereien handelt, alle in dieser Abteilung beschäftigten Arbeiter dazu gehören. Das Gleiche wird bei den Stahl- und Martinwerken gedeutet und das Gleiche ist auch bei den anderen Gruppen zu tätigen. Den Streitigkeiten wird wohl am besten begegnet werden, wenn die einzelnen Werke durch eine Kommission befahren werden, die dann die Zuerkennung zum 8-Stundentag dessen oder jenen Arbeiters übernimmt. Es wurde dann festgesetzt, daß eine solche Kommission bestehend aus 3 Regierungsvertretern, 1 Vertreter des Arbeitgeberverbandes und 1 Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen gebildet wird, die die Aufgaben hat, eine friedliche Ueberleitung vorzunehmen. Nichts desto weniger sind eine Unmenge von Gruppen noch, die selbst bei einer beschleunigten Befahrung unruhig werden. **Wir empfehlen hier den einzelnen Werksleitungen, daß sie keinen Brandherd in unserem Industriegebiet schafft.** Die Tarifgemeinschaft ist sich darüber klar, daß sie die Verantwortung ablehnen muß, falls in der einen oder anderen Hütte durch das **hartnäckige Verhalten einer Verwaltung** zu irgendwelchen Auswüchsen kommt.

Die Tarifgemeinschaft hat weiter dazu Stellung genommen, wie die weitere Ueberleitung vor sich gehen soll und nachdem die Regierung durch die Bekanntmachung vom 23. 12. 27 im ersten Absatz ausdrücklich hinweist, daß sie grundsätzlich auf dem 8stündigen Arbeitstag steht, zeigt für uns der § 1 der Verordnung vom 18. Juli 1924 den Durchbruch u. wie wir die künftigen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband unter Zuziehung des Demobilmachungskommissars pflegen werden. Es wird sich dann zeigen, **wenn die Arbeiterschaft** in Aktion treten wird, und ob die oberschlesischen Herren Arbeitgeber weiterhin derartig provokatorisch auftreten werden.

Die Verhandlungen gehen vorläufig ihren ruhigen Gang weiter und hängt es von den Zugeständnissen ab, ob in Oberschlesien die Ruhe weiterhin erhalten bleibt oder ob der Arbeitnehmer seine letzten Mittel anwenden soll.

Eine schlechte nationale Bilanz

In den Neujahrsbetrachtungen der „Polska Zachodnia“ wird gesagt, daß das abgelaufene Jahr in nationaler Hinsicht ein glückliches gewesen war. Die polnischen Erfolge sind auf allen Gebieten zufriedenstellend. Ganz entgegengesetzter Meinung ist die „Polonia“ die über das abgelaufene Jahr wörtlich folgendes schreibt: „In nationaler Hinsicht ist die Bilanz im abgelaufenen Jahre recht bescheiden. Sie dürfte zweifellos als die denkbar schlechteste seit der Uebernahme angesehen werden.“ Nach der „Polonia“ hat die Polonisierung der schlesischen Schwerindustrie keinen Schritt nach vorwärts gemacht, weil in diesem Jahre viel weniger Polen in der Schwerindustrie unterkamen, als in den früheren Jahren. Die „Polonia“ ist im Unrecht. Sie hat wahrscheinlich den Direktor Schnappka in Laurahütte ganz vergessen. Herr Schnappka verstand ausgezeichnet die Arbeiterreduzierungen durchzuführen, in dem er nur deutsch orientierte Arbeiter aufs Pflaster setzte. Auf dem Schulgebiete ist nach der „Polonia“ keine weitere Veränderung eingetreten. Im Jahre 1923 wurden 11 Prozent aller schulpflichtigen Kinder bei der Minderheitsschule eingetragen und so ist es auch im Jahre 1927 geblieben. Nur im Jahre 1926 wurde ein höherer Prozentsatz der schulpflichtigen Kinder für die Minderheitsschule angemeldet, was auf den Maiumsturz zurückzuführen ist. Nach der „Polonia“ hat die Sanacja Moralna in einer Hinsicht einen Erfolg erzielt und zwar auf dem Gebiete der Verdrängung der einheimischen Beamten. Der Oberschlesier taugt schlecht auf einen Amtsposten, weshalb selbst Bürodiener aus Galizien geholt werden müssen. Die „Polonia“ hat noch einen Erfolg der Sanacja Moralna vergessen. Im Jahre 1927 hat so mancher Politiker aus der Versammlung einen blutigen Kopf davongetragen. Wir verweisen auf Bielschowitz, Gieraltowitz, Goczalkowitz und andere Ortschaften, wo der Knüppel wahre Triumphe feierte.

Auch ein Neujahrsgeschenk

Die letzte Nummer des Staatsgesetzblattes veröffentlicht eine Verordnung des Staatspräsidenten, durch die mehrere Bestimmungen des Pressedekrets abgeändert bezw. verschärft werden. So z. B. kann die gerichtliche Beschlagnahme auch im Falle der Beleidigung von Staatsbeamten und Militärpersonen im Dienst bereits erfolgen, noch ehe eine Klage oder eine militärische Verordnung ergangen ist. Außerdem sind die Geldstrafen für verschiedene Pressevergehen erhöht bezw. verdoppelt worden.

Man merkt, daß die Sejmwahlen vor der Tür sind.

Der Königshütter Millionendiebstahl vor Gericht

Keßler ist geständig — Wie das Geld gestohlen und über die Grenze gebracht wurde

Der mit großer Spannung erwartete Prozeß gegen den Postdefraudanten Keßler und seine Helfershelfer begann gestern vor der Königshütter Strafkammer. Der Andrang seitens des Publikums war selbstverständlich groß, aber durchweg war es das übliche, welches in den Gerichtssälen immer anzutreffen ist. Und der Verlauf der gestrigen Verhandlung zeigte, daß der Prozeß durchaus keine Sensation ist und ebenso sich seinerzeit die Defraudation und Hinüberschaffung des Geldes nach Deutschland absolut nicht sensationell gestaltete. Hier spielten überall eine Reihe von Nachlässigkeiten und Zufälligkeiten den Ausschlag, der zu einem vorläufigen Gelingen des Coups maßgebend war. Und wenn man die Aussagen der Angeklagten und die nicht immer sich ergänzenden der Zeugen gehört hat, so fällt jedes bischen Romantik, die man bereits dem auf der Anklagebank zermürbt und apathisch sitzenden Keßler andichtete, gänzlich ab, aber weil alles, was mit diesem Millionendiebstahl zusammenhängt, so einfach klar und unbedeutend ist, vielleicht ist er dadurch doch eine wirkliche Sensation, denn selten ist es einem Menschen so leicht geworden, einen Millionenbetrag zu stehlen.

Nach Beginn der Verhandlung, nach dem Verlesen der Anklageschrift, die gegen Keßler auf Gelddiebstahl mit erschwerenden Umständen, und gegen neun weitere Angeklagte wegen Beihilfe bezw. Hehlerei sich richtet, wird zunächst Keßler vernommen der seine Laufbahn bei der Post schilderte und schließlich auf den 12. April v. J. zu sprechen kam, an dem er den Diebstahl ausführte. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß er in der Nacht zum 13. April nach 10 Uhr abends Postdienst zu erledigen hatte. Der Abendzug hatte mehrere Geldbeutel mitgebracht, die er in Empfang zu nehmen hatte, um sie dann mit zwei weiteren Beamten nach dem Postamt zu schaffen. Beim Abnehmen des Geldes am Zuge stellte er fest, daß auch eine Summe von 1½ Millionen Zloty angekommen war. Es reifte in ihm der Plan, diese Summe zu rauben. Auf dem Postamt hatte er das Geld, anstatt es in den hierfür bestimmten und verschlossen gehaltenen Raum zu bringen, beiseite gelegt und seinen Bruder Wilhelm Keßler im Cafee verständigt, daß er seinen Freund Cieslik davon benachrichtigen solle, daß das Geld zur Abholung bereit sei. Cieslik und Wilhelm Keßler sollten um 3 Uhr vor dem Postamt in Königshütte warten. Um diese Zeit brachte dann Keßler das Geld heraus, übergab es Cieslik und seinem Bruder, die nun beide nach dem Bahnhof gingen. Keßler Karl folgte später, nachdem ihm Cieslik eine bereits gelöste Fahrkarte nach Beuthen übergab, so daß er morgens gegen 4 Uhr nach Beuthen fahren konnte. Er kam auch unbehelligt über die Grenze. Das Geld hatte Cieslik nud Wilhelm Keßler zunächst in die Wohnung seiner Schwiegermutter gebracht, nachdem sie sich vorerst mehrere tausend Zloty eingesteckt hatten. Ciesliks Frau und die Schwiegermutter Ciesliks brachten nun das Geld nach Gieschewald zu dem Schichtmeisterassistenten Peschel, der ebenfalls ein Schwager des Cieslik ist. Peschel vergrub das Geld im Stalle, um es in den folgenden Tagen über die Grenze zu bringen. Cieslik war einstweilen nach Gleiwitz gefahren, wo er mit Keßler zusammengekommen ist und diesem 1900 Zloty übergeben hatte. Mit diesem Gelde fuhr Keßler über Berlin nach Frankfurt a. M. und von da nach Schliersee in Bayern, wo er sich niederlassen wollte. Die anderen hingegen begaben sich nach Oppeln und warteten dort Peschel mit dem Gelde aus dem Postraube ab. Peschel kam nun auf den Gedanken, seinem vierjährigen Kinde einen großen Teddybär zu kaufen und in diesen das Geld in zwei Hälften einzunähen. Es gelang ihm, auf diese Weise auch das Geld auf deutsches Gebiet zu bringen und dem Cieslik in Oppeln abzugeben. Als Cieslik das Geld hatte, fuhr er nach Frankfurt a. M. zu Keßler, während sich Keßler mit seiner Frau nach Warmbrunn begab und dort die weiteren Weisungen des Cieslik abwarten wollte. Alle drei wollten sich in den Gesamtbetrag teilen und sich dann gesicherte Existenzen gründen. Dazu ist es aber nicht gekommen, da durch die Verhaftung des Wilhelm Keßler in Gleiwitz der ganze Plan des Postassistenten Keßler und seines Helfers Cieslik bekannt wurde. Der polnischen Kriminalpolizei im Einvernehmen mit der deutschen ist es nunmehr gelungen, die Enthüllungen völlig zu Ende zu führen. Anfang Mai d. J. waren sämtliche Beteiligte an dem Diebstahl bezw. auch ihre Mithelfer festgenommen.

Die Vernehmung des Keßler dauerte über zwei Stunden. Die weiteren 9 Angeklagten waren der Beihilfe bezw. des Mitwissens angeklagt. Außer Peschel und einem weiteren Angeklagten, die zugaben, von dem Postraub gewußt zu haben, bestritten alle übrigen sieben Angeklagte, von diesem Raube vor ihrer Verhaftung nicht gewußt zu haben. In den Nachmittagsstunden wurde mit der Zeugenvernehmung begonnen, die bis in die späten Abendstunden hinein anhielten. Dabei waren von besonderer Bedeutung die Ausführungen des Zeugen Lex, der als Vorgesetzter des Keßler mit ihm in der fraglichen Nacht Dienst machte. Dieser Zeuge sagt unter seinem Eide aus, daß Keßler und er den Betrag in den dafür bestimmten, vergitterten Raum eingeschlossen haben. Wie das Geld dann aus diesem verschlossenen Raume herausgekommen sei, ist dem Zeugen bis heute noch ein Rätsel. Keßler bestreitet dies und sagt aus, daß sich der Zeuge täusche, weil er bereits vorher die Summe für sich beiseite gestellt hatte.

Am Mittwoch werden die Plädoyers der Verteidiger und des Anklagevertreters erwartet, da man noch an demselben Tage zu einem Urteilsspruch kommen will.

Ein barbarischer [illegible]berfall auf eine deutsche Familie

Aus national[illegible]ässigkeit — Gefährliche Körperverletzung

Ein unerhörter Roheitsakt aus rein[illegible]naler Gehässigkeit wurde am 15. Dezember v. J. auf dem [illegible]hofe in Siemianowitz gegen eine ganze angesehene deutsche [illegible]milie von einer Bande zügelloser Radaubrüder verübt. E[illegible] nach Mitternacht, als der Betriebsleiter eines Siemianow[illegible] Werkes, Ingenieur Georg **Zweigel**, mit seiner Familie, [illegible]stehend aus Gattin zwei Töchtern und zwei Söhnen, von einer Reise nach Beuthen zurückkehrend, am Siemianowitzer Bahnhofe ausstieg. Am Eingange zum Wartesaal stellte sich ihnen eine Rotte übermütiger Männer in Uniform, 15 bis 20 an der Zahl, entgegen, in der offenbaren Absicht, einen Streit vom Zaune zu brechen. Zunächst stellte einer derselben einer der Damen einen Fuß. Als diese sich umdrehte, um nach dem Täter zu sehen, erhielt sie einen Stoß. Ein Sohn des Ingenieurs Zweigel, der sich an den Täter mit der Frage wandte: „Warum denn?“ wurde von der Rotte umringt, die ihm die Schülermütze der Minderheitsschule vom Kopfe riß und sodann mit einem ihm aus der Hand entwundenen Stocke auf ihn einhaute. Er erhielt einen Schlag über den Rücken, so daß er einen blauen Striemen davontrug, und einen zweiten quer über den Kopf. Heulend vor Schmerzen lief er die Bahnhofstraße entlang nach Hilfe der Polizei suchend und von einer Anzahl der Ueberfallenden verfolgt. Ein in mäßiger Entfernung stehender Polizist fand es, trotz des Geschreies und des Anblickes der Verfolgung, nicht für nötig, einzuschreiten, bis er von dem Mißhandelten entschieden dazu aufgefordert wurde. Unterdessen nahm am Bahnhofe die Szene der Mißhandlungen gegenüber den übrigen Mitgliedern der Familie Zweigel ihren Lauf. Der ältesten Tochter des Ing. Zweigel wurde der Mantel ganz in Fetzen gerissen und der Ingenieur selbst in fürchterlicher Weise hergerichtet. Nachdem er mit Faustschlägen über Kopf, Gesicht und Rücken von der ganzen Rotte bearbeitet worden war, wurde er zu Boden geworfen, mit Füßen getreten und mit einem harten Gegenstande so barbarisch geschlagen, daß ihm drei Rippen gebrochen wurden. In schwer verletztem Zustande wurde er ins Lazarett gebracht, wo er Monatelang in Heilung verblieb.

Als der auf Aufforderung des jungen Zweigel herbeigekommene Polizist die am meisten sich hervorgetanenen Uebeltäter zum Polizeikommissariat abführte, rückte die ganze Schar der Uebrigen nach und versuchte ins Polizeikommissariat einzudringen. Gegen vier derselben, die als die Hauptschuldigen angesehen wurden, und zwar gegen den Funktionär des Aufständischenverbandes Dominik Brandy, gegen den Gemeindebeamten Georg Krawczyk, einen gewissen „Journalisten“ Matheus Boner und einen Eisenbahnbediensteten Ernst Blaszczyk wurde nun die Anklage wegen schwerer gefährlicher Körperverletzung, sowie wegen versuchter öffentlicher Gewalttätigkeit (Eindringen ins Kommissariat) erhoben, wegen welcher sie sich gestern vor dem Schöffengericht in Kattowitz zu verantworten hatten.

Die Biederen stellten aber jede Schuld in Abrede. Nicht sie seien die Schläger gewesen, sondern Andere. Durch das Zeugenverhör konnte nicht viel mit Bestimmtheit festgestellt werden, denn wie die Zeugen, und zwar die unmittelbar Beschädigten, erklärten, waren die Täter in Uniform, während die in der Anklagebank Stehenden in Zivil erschienen. Nur daß der Erstangeklagte Brandy einer der ärgsten Wüteriche war, sowie daß der Zweit- und Drittangeklagte auch mit die Hand, wenn auch in nicht näher bezeichneter Weise, im Spiele hatten, ging aus den niedergelegten Zeugenaussagen mit einiger Erkenntnismöglichkeit hervor.

Bezeichnend für die Hilflosigkeit und Schlappheit sozusagen mancher öffentlicher Organe, die, wenn sie auch guten Willens sind, sich ihrer Pflicht bei derartigen Vorkommnissen bewußt zu zeigen und die gerechte Sache zu vertreten, aber sich von anderweitigen Einwirkungen leicht einschüchtern lassen, war eine Zeugenaussage eines solchen öffentlichen Organs, eines Zollaufsehers, der sich der bedrängten Familie annehmen wollte. Als er bei der Feststellung der Tatumstände und der Exzedenten bei dem Vorfall behilflich sein wollte, wurde er von den Uebeltätern angerempelt und zur Vorweisung seiner Legitimation aufgefordert. Anstatt auf seiner Amtswürde und seinem öffentlichen Charakter zu bestehen, knickte er moralisch zusammen und war zufrieden, als die Uebeltäter, nachdem er ihnen seine Legitimation vorgezeigt hatte, von ihm abließen.

Nach durchgeführter Verhandlung verlangte der Staatsanwalt für den Angeklagten Brandy 2 Monate Gefängnis, für die Angeklagten Krawczyk und Boner je 1 Monat Gefängnis wegen gefährlicher Körperverletzung, für den Viertangeklagten Freispruch, ebenso Freispruch für alle Angeklagten wegen versuchter öffentlicher Gewalttätigkeit.

Das Gericht ging aber weit unter dieses vom Gesetz selbst bestimmte Mindestmaß der Strafe hinunter und verurteilte Brandy bloß zu 3 Wochen Gefängnis. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Der Entschädigungsanspruch des körperlich schwer verletzten Ing. Zweigel, der als Privatankläger leider keinen Rechtsbeistand sich zugezogen hatte, in Höhe von 1237 Zloty an Heilungskosten und 500 Zloty Schmerzensgeld, wurde auf den Zivilrechtsweg verwiesen.

Kattowitz und Umgebung

Deutsches Theater — Gastspiel Elsa Kochhahn. Für die Aufführung: „Die Kronprinzessin“ am Donnerstag, den 5. Januar im hiesigen Stadttheater ist die hier in bester Erinnerung stehende Operettendiva Fräulein Elsa Kochhahn, vom Theater des Westens Berlin gewonnen worden. Elsa Kochhahn wird an Stelle der erkrankten Sängerin Ilona Halden die Titelrolle singen. Ein gleiches Gastspiel findet am 6. Januar in Königshütte statt.

Verlängerte Geschäftszeit und geschäftsfreie Sonntage. Wie alljährlich, so sind auch für das Jahr 1928 von der städtischen Polizei in Kattowitz sechs geschäftsfreie Sonntage festgesetzt worden und zwar: Der letzte Sonntag vor Ostern, demnach der 1. April d. J.; der letzte Sonntag vor Pfingsten, das ist der 20. Mai d. J.; drei Sonntag vor dem Weihnachtsfeste (2., 16. und 23. Dezember d. J.), alsdann der letzte Sonntag vor Beginn des neuen Jahres, welcher auf den 30. Dezember fällt. Weiterhin sind nachstehende Tage anzuführen, an welchen eine Verlängerung der Geschäftszeit bezw. Verkaufsstunden um eine weitere Stunde, und zwar bis 8 Uhr abends, vorgesehen ist: Mittwoch, 1. Februar; Sonnabend, 3. März; Sonnabend, 31. März; Don-

Börsenkurse vom 4. 1. 1928

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8.91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.92 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.25 zł
	1 Dollar	=	8.91¾ zł
	100 zł	=	46.92 Rmk.

nerstag 5., und Freitag, 6. April; Mittwoch, 2. Mai; Sonnabend 26. Mai; Sonnabend, 2. Juni; Sonnabend 30. Juni; Sonnabend 1. September; Sonnabend 29. September; Mittwoch, 31. Oktober, Sonnabend, 1., Sonnabend 15., Mittwoch 19., Donnerstag 20., Freitag 21., Sonnabend 22., Sonnabend 29., und Montag, 31. Dezember d. J.

Einteilung der Wahlbezirke in Janow. Für die kommenden Sejm- und Senatswahlen wurde die Gemeinde Janow in 7 Wahlbezirke eingeteilt. Von den 7 Wahlbezirken entfallen auf Janow zwei, Nickischschacht drei und Gieschewald zwei. Die einzelnen Bezirke umfassen folgende Straßen: Bezirk 1 Janow: ul. Losna, Szkolna und Wolnosci; Wahllokal Mädchenschule Bezirk 2 Janow: ul. Mikolowska, Nowna, Polna, Planty, Zamkowa und Kop. Zygmunda; Wahllokal Knabenschule, Bezirk 3 Nickischschacht: ul. Dolna, Korfantego, Mieleckiego und Poprzeczna; Wahllokal Kantine Knosalla. Bezirk 4 Nickischschacht: ul. Ligonia, Kolejowa, Dombrowskiego, Pocztowa, Sosnowicka und plac Koscielny; Wahllokal Mädchenschule. Bezirk 5 Nickischschacht: Kolonja Agnieszki Amanda, Zwrotnica, Agaty, Bagno, Dom Lesniczy, ul. Gorna, Koscielna, Zamkowa; Wahllokal Knabenschule. Bezirk 6 Gieschewald: ul. Jakuba, kop. Jakuba, ul. Kalowicka, Miarki, Kolataja, Mieleckiego, 1-go Maja, 3-go Maja. Modrzejowska, Rymera, Powstancow, Rynek, Samoobrony, Wojciecha, Weselowska, Granica Wesoly, kop. Zuzanny und Kol. Muchowiec; Wahllokal Schule 1. Bezirk 7 Gieschewald: ul. Agaty, Antoniego, Barbary, Chopina, Ewy, Hallera, Krolka, Krakowska, Mieczkiewicza, Ogrodowa, Stalmacha, Warszawska und Zwrotnica Zuzanna, Wahllokal Schule 2.

Eine gefährliche Gesellschaft. Ergänzend zu unserer gestern gebrachten Nachricht über das Feuergefecht in Eichenau sei noch berichtet, daß außer dem sich freiwillig ergebenen Kasprzyk noch weitere 5 Personen festgenommen wurden und zwar Marczak, Czekaj, Wawrosch und dessen zwei Töchter, alle aus Eichenau. Bei den in ihren Wohnungen vorgenommenen Durchsuchungen ist viel Einbruchsmaterial vorgefunden worden und 4 Revolver mit Munition. Es scheint, daß in Eichenau eine ganz gefährliche Gesellschaft steckt.

Nickischschacht-Janow. Grober Unfug wird seit Weihnachten von jungen Burschen getrieben, in dem dieselben als „Heilige 3 Könige" in einmal wahrscheinlich weiß gewesenen Hemden gehüllt, mit bunten Papierkronen auf dem Kopf und einem Stab in der Hand, scharenweise durch die Häuser ziehen und sich dadurch ihren Bettellohn ersingen. Die ehemals schöne oberschlesische Sitte des Besuches der „Heiligen 3 Könige", ist hier für die Bewohner zu einer außergewöhnlichen Plage geworden, denn diesen Burschen ist nur daran gelegen, möglichst viele Gaben herauszuschlagen, um dann das erhaltene Geld für wenig nützliche Dinge, meistenteils Zigaretten auszugeben. Der Anblick solcher „rauchenden Weihnachtshirten" ist wenig erbaulich. Um diesem Unfug zu steuern, ist nur Selbsthilfe angebracht. Man muß diesen Burschen, welche auf die beschriebene Art zu betteln verstehen, ganz einfach die Tür weisen, dann hört diese Unsitte von selbst auf.

Königshütte und Umgebung

Inventur.

Die ersten Tage nach Weihnachten gehören dem Umtausch. Das ist heilige Tradition. Gibt es denn einen größeren Reiz, als noch einmal vor die angenehme Qual der Wahl gestellt zu sein?... Da kann man die vielen Herrlichkeiten abschiednehmend durch die Finger gleiten lassen, und schließlich mit tausend Zweifeln im Herzen nach Hause gehen, nachdem man nach vielen Suchen doch wieder beim Alten hängen geblieben ist.

Und nach dem Umtausch beginnt die Inventur. Das alte Jahr räumt mit seinen Beständen auf. Da wird registriert und festgestellt, was von all den hochfliegenden Plänen zum Schluß übrig geblieben ist.

In den Kaufhäusern brennt das Licht bis in die tiefen Nachtstunden hinein. Für die Angestellten, denen das Christkind schon durch das Weihnachtsgeschäft Ueberstunden im en gros schenkte, ist die Woche nach Neujahr gewiß keine rosige. Morgens um 8 Uhr beginnen sie, die Mittagspause wird abgekürzt, und noch um 10, ja um 11 Uhr abends sind die mühseligen Arbeiten der Inventur im vollen Gange.

Da schwebt der Geschäftsführer, ein getreuer Petrus, im Himmel des Unternehmers, durch den Raum, suchend, wen er beim Faulenzen erwische. Die Augen des Geschäftsführers sehen streng und wandern unermüdlich durch die schmalen Gänge mit den vielen Regalen.

Auf den Leitern stehen die Angestellten, holen Stoffballen herunter und reichen sie den Kollegen, die hinter den Theken schwitzend Meter um Meter durchmessen und Preise einsetzen.

Petrus bezieht ein hohes Salär und er fühlt, was er seiner Stellung schuldig. Ein Diener, gewiß, aber einer mit Achselstücken. Und so weiß er um das Evangelium aller Feldwebel: Nach oben katzbuckeln und nach unten tretend. — — —

„Na, was is denn, Herr Hirschler: — — — Warum stehen Sie denn da so müßig herum? — — — Sind Sie pensioniert, he? — Umsonst zahlen wir keine Gehälter, daß Sie's wissen! — —

Und der Geschäftsführer geht davon in dem angenehmen Bewußtsein, wieder einmal seine Pflicht hundertprozentig erfüllt zu haben. — — —

Im Kontor, also im Allerheiligsten, sitzt der Gott dieser kleinen Plantage, die nur eine von sehr vielen ist.

Er kaut eine Zigarre vom Format eines Gentlemankrauts und macht Bilanz. Die Konjunktur ist nicht schlecht und sein Bankkonto zeigt entschiedene Neigung nach oben.

Immerhin, er könnte zufrieden sein.

Soweit ist die Sache ja ein Wohlgefallen.

Aber wenn dann der Vertreter des Personals kommt, um ihm die Rechnung für geleistete Ueberstunden zu präsentieren, wird der Edle sehr mürrisch.

— — — Inventur. — — —

Eigenartig. In der letzten Stadtverordnetensitzung ist bekanntlich der Genosse Helmrich als Beisitzer des Mieteinigungsamtes, dem er als solches bereits Jahre angehörte, ausgeschlossen worden, weil er angeblich kein polnischer Staatsbürger ist. Herr Spaltenstein hat aber seinerzeit erklärt, daß er die polnische Staatsangehörigkeit des Gen. Helmrich ganz und gar nicht bestreite. Man hätte nun annehmen müssen, daß das auch der Magistrat nicht tut, aber das entspricht nicht den Tatsachen, denn es steht ausdrücklich fest, daß gerade dieser, wie aus einem Schreiben an die Wojewodschaft ersichtlich ist, sie bestreitet und zwar selbstverständlich mit dem Hinweis auf die Genfer Konvention. Mit dem Magistrat sich in dieser Angelegenheit weiter auseinanderzusetzen, ersehen wir nicht als notwendig, nur bedauern wir es außerordentlich, daß mit derartigen Mittelchen operiert wird, denn der Gen. Helmrich dürfte wahrscheinlich nicht der einzige sein, dem man die polnische Staatsbürgerschaft absprechen will. Zum Glück gibt [illegible] noch andere Instanzen, welche die Genfer Konvention be[illegible] interpretieren versuchen als einige Herren im Königshü[illegible]gistrat.

Siemi[illegible]

Schwere[illegible]unfall. Ein unglücklicher Zusammenstoß ereignete sich, [illegible] Montag. Als der Brauereibesitzer Mokrski aus [illegible]ianowitz mit seinem Gespann auf der Chaussee fuhr, kam [illegible] in entgegengesetzter Richtung ein Auto entgegen, so daß [illegible] Pferde scheu wurden. Durch den Zusammenstoß des Wag[illegible] mit dem Auto erlitt der Brauereibesitzer M. eine leichte Kopfwunde. Ein Pferd seines Gespanns blieb tot am Platz liegen, während das andere mit geringen Wunden davon kam. Von den Insassen des Autos erlitten Peter H. und Leo Gl., sowie der Chauffeur leichtere Kopfverletzungen. Den verunglückten Brauereibesitzer schaffte man in das Lazarett der barmherzigen Brüder in Siemianowitz und die übrigen Verletzten in das Städtische Krankenhaus in Königshütte.

Rybnik und Umgebung

Raubüberfall auf der Landstraße. Montag nachmittag wurde Viktor Paulschik aus Przyszowice auf der Chaussee nach Makoschau von zwei Banditen überfallen. Der eine setzte dem P. einen Revolver auf die Brust und forderte ihn zur Herausgabe seiner Barschaft auf. Nachdem ihm das Portemonnaie gestohlen worden war, entflohen die Räuber. Polizeiliche Nachforschungen sind eingeleitet.

Republik Polen

Bromberg. (Große Schiebungen beim Bahnbau Bromberg-Gdingen.) Die Schiebungen und Betrügereien zum Schaden des Staates und der Steuerzahler scheinen kein Ende zu nehmen. Kaum eine Woche vergeht ohne neue Meldung. Bekanntlich wird seit einiger Zeit an einer neuen Eisenbahnverbindung zwischen Bromberg und Gdingen gearbeitet. Auch hier sind einige Gesundstoßer am Werk, um ihre Taschen zu füllen. So hat man verschiedene „naduzycia", auf deutsch „Mißbräuche" — ein sehr mildes Wort statt „Schiebungen"; — bei den Schotterlieferungen entdeckt. Im Zusammenhang hiermit hat der Vorsitzende der Außerordentlichen Kommission zum Kampf mit Mißbräuchen, die die Interessen des Staates berühren, folgende staatlichen Würdenträger ihres Amtes enthoben: den Dr. Leon Wierzbicki, Rat der Bezirksdirektion der öffentlichen Arbeiten des Wojewodschaftsamts in Krakau und den Ingenieur Gustav Soltynski, Beamter im Range eines Abteilungschefs der Zentrale des Verkehrsministeriums. Gegen erwähnte Beamte hat ferner die Außerordentliche Kommission eine gerichtliche Untersuchung auf Grund des Strafgesetz-Artikels 49 (versuchtes Verbrechen), 660 (Beteiligung an Bestechungsgeldern) und 657 (Bestechung) beantragt. Nach dem zitierten Artikel droht den erwähnten Angeklagten Gefängnis bis 6 Jahre.

Wilna. (Weil seine Braut mit einem anderen tanzte.) Wohin das Waffentragen außer Dienst beim Militär oft führt, haben wir an nur allzu zahlreichen Mordtaten gesehen. Viele dieser Morde wären unterblieben, wenn in Polen, wie es in Amerika und Frankreich der Fall ist, ein Gesetz bestehen würde, das allen Militärpersonen außer Dienst das Waffentragen, vor allem der Feuerwaffen, verbiete. Einen Beweis für die Gefährlichkeit des Waffentragens gibt wieder ein neuer Mord, der sich am 3. Weihnachtsfeiertag in Lotyze (Wojewodschaft Wilno) ereignete. Es fand dort ein Tanzvergnügen statt. Als der Soldat Jan Mlynarczyk vom K. O. P. (Grenzschutz) bemerkte, daß seine Braut bei einem Tanz mit einem anderen Mann, einem gewissen Antoni Blazewicz, tanzte, griff er aus Eifersucht zur Waffe und schoß. Blazewicz stürzte tot zu Boden. Der in der Nähe befindliche Jan Lotoszko versuchte den Soldaten zu entwaffnen, worauf dieser einen weiteren Schuß abgab und Lotoszko sofort niederstreckte. Erst nach einiger Zeit konnte der Mörder verhaftet und ins Gefängnis gebracht werden.

Sportliches

Baden und Schwimmen im Winter.

Wenn die Tage sommerlicher Wärme vorbei sind, pflegen leider sehr viel Menschen auch Schluß zu machen mit dem Baden und Schwimmen. Sie betrachten beides nur als „Sommersport". Dazu kommt die weitverbreitete, allerdings irrige Auffassung, man könne sich im Winter beim Baden und Schimmen leicht erkälten. Sobald das erste kühle Lüftchen weht, wird eiligst der Körper mit warmer Kleidung verpolstert. Die üblichen Uebergangskrankheiten machen sich dann schnell bemerkbar. Die Ursachen liegen auf der Hand: Die Schweißabsonderung des menschlichen Körpers vollzieht sich regelmäßig. Durch die dicke Kleidung ist dem Körper die Luftzufuhr versperrt. Die Ausdünstung kann sich nicht richtig vollziehen. Der Unrat aus dem Körper verbleibt auf der Haut und verstopft die Poren. Das einfachste Mittel dagegen ist regelmäßiges Baden. Das kann man auch zu Hause in der Wanne besorgen. Aus gesundheitlichen Gründen ist das wöchentliche Bad eine Pflicht erster Ordnung. Gerade für die Arbeiterschaft, die in rauchgeschwängerten Fabriken, Werkstätten und dunstigen Kontoren arbeiten muß, ist die körperliche Reinigung eine dringende Notwendigkeit.

Aehnlich verhält es sich mit dem Schwimmen. Hier fehlt es allerdings oft vielen im Winter an geeigneter Gelegenheit. Aber wo Hallenschwimmbäder vorhanden sind, ist auch im Winter tüchtiger Gebrauch empfohlen. Schwimmen erhält auch im Winter jung, elastisch und frisch. In seltener Harmonie werden alle Glieder und Muskeln betätigt. Besonders Frauen und Kindern sei das Schwimmen angeraten, wo immer die Möglichkeit sich bietet. Für die Entwicklung des Körpers ist es von außerordentlicher Bedeutung. Aengstliche Eltern schieben die Erkältungen ihrer Sprößlinge zu gern auf Baden und Schwimmen. Eine völlig ungerechte Beurteilung. Wer nach dem Bade sich ordentlich abtrocknet und frottiert, wird den prickelnden Reiz starker Bluterwärmung in sich spüren. Den Heimweg erledige man dann in flottem Fußmarsch.

Gerade im Winter, wo es vielen Menschen an der so notwendigen Freiluftbewegung ermangelt, sollte man regelmäßig baden und, wo es angängig ist, auch schwimmen. In Anbetracht der gesundheitlichen Vorzüge müssen Zeit und Gelegenheit dazu gefunden werden, um sich auch im Winter Frische und Schaffensfreude bei körperlicher und geistiger Anspannung zu erhalten.

Die Wählerlisten einsehen!

Die Wählerlisten für die Sejm- und Senatswahlen liegen vom 2. bis 15. Januar 1928 öffentlich aus. Jeder Wähler muß sich unbedingt überzeugen, ob er in der Wählerliste enthalten ist und auch seine Familienangehörigen und Bekannten. Jeder, der keinen Ausweis, ob er wahlberechtigt ist, besitzt, besorge sich diesen sofort.

Gegen billiges Schuhzeug

Seit dem Ausbruche des Zollkrieges mit Deutschland sind die Preise für die Schuhe erheblich gestiegen. Halbschuhe, die früher 20 Zloty kosteten, werden mit 35 bis 40 Zloty ausgestellt. Arbeitsschuhe sind ebenfalls im Preise gestiegen, und was die Qualität anbetrifft, lassen die Arbeitsschuhe manches zu wünschen übrig. Diese hohen Schuhpreise sind lediglich auf die hohen Zölle zurückzuführen. Aus Deutschland dürfen überhaupt keine Schuhe eingeführt werden. Trotz der hohen Zölle werden Schuhe aus Oesterreich und der Tschechoslowakei bei uns eingeführt, die sich immer noch rentieren. Das ist der beste Beweis dafür, daß von einer Schuhindustrie in Polen keine Rede sein kann. Tatsächlich bestehen in Polen gegen 30 „Schuhfabriken", die aber als größere Schuhmacherwerkstätten und nicht als Fabriken angesprochen werden können. Die meisten sind in Posen, dann Lodz und Warschau. Sonst wurde das Schuhzeug in Polen mit der Hand angefertigt. Die Zeiten, daß sich Leute Schuhe nach Maß machen ließen, sind vorüber. Maßschuhe sind teuer, und was Chik und Form anbetrifft, kommen sie mit der modernen Fabrikproduktion nicht mehr mit. Schließlich gelingt nicht immer dem Maßschuhmacher, einen passenden und bequemen Schuh anzufertigen, was dann nur Aerger und unnötige Geldausgaben hervorruft. Es ist nichts einfacher, als in einem großen Geschäft passende und moderne Schuhe anzuschaffen. Doch sind die polnischen Schuster einer anderen Meinung. Sie wollen bei der Handarbeit bleiben und uns allen Schuhe nach Maß machen, gleichgültig, ob wir das bezahlen können oder nicht. Leider haben sich den Forderungen der Warschauer Schuster auch die hiesigen oberschlesischen Schuhmacher angeschlossen. Zu ihnen gesellten sich noch die polnischen Gerber. Es wurde eine Konferenz einberufen und gegen die Einfuhr der Auslandsschuhe Stellung genommen. In dem Beschluß wurde besonders darauf hingewiesen, daß in Polen keine Fabrikware getragen wird, sondern Handarbeit. Wer trägt denn bei uns Schuhe auf Bestellung? Die schlesischen Arbeiter sicherlich nicht. Aber selbst in den polnischen Städten werden überall Fabrikschuhe gekauft. Vielleicht läßt der polnische Bauer Schuhe nach Maß machen, der die Schuhe am liebsten beim Schmied und nicht beim Schuster bestellen würde. Doch bildet der Bauernstand keine 90 Prozent der Schuhkonsumenten in Polen, von welche die „Meisterkonferenz" spricht, die die gänzliche Sperrung der Grenze für Auslandsschuhe fordert. Selbst das starke Argument, daß von den 10 000 Warschauer Schustern bald ein Drittel arbeitslos geworden sind, weil sie mit der Fabrikware nicht mitkommen können, kann uns nicht überzeugen. Wir haben gewiß mit den Warschauer Schustern Mitleid und würden sie gerne auf dem Schusterschemmel sehen, doch können wir ihnen zu Liebe nicht die Interessen der großen Arbeitermasse preisgeben. Ginge es schließlich nach dem Willen unserer braven Schuhmacher, dann müßte Polen mit allen westlichen Nachbarvölkern Zollkriege führen. In allen westlichen Nachbarstaaten ist die Schuhindustrie stark entwickelt, und wenn keine Zollmauer wäre, dann könnten wir reichlich um 70 Prozent billigere Schuhe erstehen. Wenn trotz der hohen Zölle die polnischen Schuster sich nicht halten können und daher völlige Grenzsperre für Auslandsschuhe verlangen, dann ist ihnen nicht mehr zu helfen. Mögen sie also ihren „Mistrz" ablegen und in die Reihen der Arbeiter treten. Hoffentlich wird die Regierung, an die sich diese Herren gewendet haben, die Interessen der breiten Volksmassen nicht etwa zugunsten der polnischen Schuster preisgeben.

Jugend-Beilage

Jugend und Wintersport

Ihr alle werdet es mitfühlen, mit erleben, die ihr im Sommer, wettergebräunt oder rosig, barfuß und barhäuptig, fröhlich durch Wald und Feld wandert. Im Herbst kamen Windjacke, lange Wollstrümpfe und Schuhe zur Geltung. Und jetzt muß man sich die Mahnung „Bleib daheim!" aus Mutters liebevollem oder Vaters strengem Munde oft anhören. Es hat keinen Zweck immer wieder auf die drückenden Verhältnisse vergangener Zeiten hinzuweisen. Die Jugend, sie geht unbeirrt den Weg vorwärts, hinauf! Sie wird nicht auf all das Bitten zuviel besorgter, noch im alten Drill lebender Eltern Folge leisten, sondern den Drang nach draußen als Lebensnotwendigkeit erklären und hinaus ziehen.

Junge Freunde, laßt euch nicht halten, seid sprühend jung, auch in der Winterwelt. Der Aufenthalt in den engen schlecht gelüfteten Werkstätten, in künstlich bewetterten Pfeilern und Strecken im Untertagebetrieb geben den Beweis, wie sehr der Lebensprozeß gehindert, ja sogar gefährdet wird. Während die Kinder geldbesitzender Väter noch lange Schule besuchen, sind wir durch Geburt dazu verurteilt, in Gruben, Werken oder kleineren Geschäften als Schwerarbeiter oder Lehrlinge tätig zu sein. Sind doch gerade die Lehrlinge mit Arbeit überlastet. Wie schmal und hochaufgeschossen, mit blassem Gesicht, schleicht ihr einher! Und wieviel kleine Lehrmädel kehren am Abend mit tiefumschatteten Augen heim aus der Tretmühle. Der junge Naturfreund soll allen anderen voran bedacht sein, einen widerstandsfähigen Körper zu erhalten oder zu gewinnen. Aus dem gesunden Menschen erwächst ein besserer Kampfgenosse, als aus dem Schwächling. Nicht genug kann hingewiesen werden auf den wohltätigen Einfluß der Winterluft, Schnee- und Wintersonne, die mit Energie unsrer in Erbpacht genommenen Proletenkrankheit (Tuberkulose) entgegentreten.

Ist es nicht herrlich, an frostklaren Frühabenden unter dem glitzernden Domdach der Weite tief, tief frische Luft einzuatmen, in die stubenluftvollen Lungen! Geht hinaus in Wald und Feld, wo reine Luft euch liebkosend, wildzärtlich umfängt Und vergeßt es nicht, daß mit dem Winter der liebe Schnee kommt! Heissa, daß ist die schönste Freude! Seid ihr versehen mit Wolljacke, Mütze, Handschuhen und dichten Schuhen? Dann kann's nicht fehlschlagen, dann werdet ihr frohen Sinnes auf den Boden gehen und ihn holen — den Rodel. Sind irgendwo Hügel oder gar wirkliche Berge, da geht's hinab mit Jubel. Fein achtsam müßt ihr ja steuern, Steine und Gräben sind tückische Kobolde, und dem „Vorfahrer" auf den Rücken sausen — soll bös sein. Ja, ja, Augen und Ohren müssen überall aufpassen. Wird auch Menschlein geben, die keinen Schlittensport treiben können. Die werden auf Wanderungen durch Winterland, durch Verfolgen von Wildspuren oder Betrachtung der Eindrücke von Vogelfüßchen gar nicht zur Langweile kommen. Eine Schneeballschlacht ist auch kein übel Ding! Es braucht ja nicht gerade der Kopf die Zielscheibe sein. Teiche, Tümpel und Flüsse sind der frohen Jugend dienstbar im Winter. Breiten des Nachts eine Spiegelfläche über sich, und surr, surr, surr — reißen die Schlittschuhe ihre Runen..

Vielerorts gibt es noch ein extra Glück, das ist der Besitz von Schneeschuhen. Warum auch nicht? Gelände zur Ausübung ist vorhanden, und wenn möglich, schafft euch Brettel an und nehmt teil an der Winterfreude, ihr jungen Freunde. Der Touristenverein hat schneeschuhlaufende Naturfreunde. Wer also Lust hat zum Lernen, der meldet sich beim Verein. Die Hingabe an einem Wintersport wirkt sich aus in der Belebung aller Organe. Das bedeutet Stärkung des Willens und Geistes, was auch nottut. Das ist die größte Notwendigkeit, junge Genossen, für den Kampf, den wir noch im Leben ausfechten müssen. Und nun junge Freunde und Genossen: „Berg frei!" zum Wintersport.

Paul Görlich.

Internationaler Jugendschutz

Die im Frühjahr dieses Jahres begonnenen Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, dem Internationalen Gewerkschaftsbund und der Sozialistischen Jugend-Internationale über ein gemeinsames internationales Jugendschutzprogramm haben jetzt zu einem ersten Erfolg geführt. Die drei Internationalen haben in ihren Körperschaften den Vorschlag eines solchen gemeinsamen Programms beraten und ihm ihre Zustimmung gegeben, so daß nunmehr eine Einheitsfront der drei internationalen sozialistischen Verbindungen hergestellt ist. Das Programm hat folgenden Wortlaut:

„Der Internationale Gewerkschaftsbund, die Sozialistische Arbeiter-Internationale und die Sozialistische Jugend-Internationale erklären sich für die Durchführung der nachstehenden Mindestforderungen zum Schutz der arbeitenden Jugend:

1. Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr.
2. Elementarschulpflicht bis zum Beginn der Zulässigkeit der Erwerbsarbeit.
3. Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts (Berufsschule). bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
4. Ausdehnung der Schutzbestimmungen für die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Angestellten auf das Alter bis zum vollendeten 18. Lebensjahr.
5. Festsetzung einer Arbeitswoche von höchstens 48 Stunden einschließlich des Fachunterrichts und der Zeit, die für Aufräumungsarbeiten beansprucht werden könnte.
6. Beginn der sonntäglichen Arbeitsruhe mit Sonnabendmittag oder Gewährung eines freien Nachmittags in der Woche.
7. Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche.
8. Mindestens drei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) unter 16 Jahren und zwei Wochen bezahlte Ferien für erwerbstätige Jugendliche (einschließlich Lehrlinge) für Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren.
9. Fürsorge-, Unterstützungs- und Ausbildungsmaßnahmen für erwerbslose Jugendliche.
10. Regelung der Berufsausbildung unter gleichberechtigter Mitwirkung der Arbeitnehmerverbände.

Die obengenannten internationalen Organisationen fordern die angeschlossenen Landesorganisationen auf, folgende Maßnahmen zur Propagierung und Durchführung dieser Forderungen einzuleiten:

1. Aufstellung eines Mindestprogramms der sozialistischen Arbeiter- und Jugendbewegung auf der Grundlage der aufgestellten Forderungen.
2. Einbeziehung dieses Programms in die Propaganda- und Sozialpolitik der Gewerkschaften.
3. Oeffentliche Propagierung der Forderungen durch die Arbeiterpresse, durch Versammlungen und Kundgebungen und eventuell durch Heranziehung und Zusammenfassung der an der Jugendwohlfahrt interessierten Bevölkerungskreise und Organisationen.
4. Gleichlaufende Aktionen der sozialistischen Parlamentsfraktionen durch Einbringung von entsprechenden Gesetzentwürfen besonders auch für die Ratifizierung der internationalen Uebereinkommen betreffend.

   a) Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit.
   b) Nachtarbeit der Jugendlichen,
   c) Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit auf See.
   d) Mindestalter für die Zulassung von Jugendlichen zur Beschäftigung als Trimmer oder Heizer.
   e) obligatorische ärztliche Untersuchung der in der Schiffahrt beschäftigten Kinder und Jugendlichen,
   f) Mindestalter für die Zulassung der Kinder zur Arbeit in der Landwirtschaft.

5. Förderung der Vorschläge des Internationalen Arbeitsamtes betreffend Schutz der Jugendlichen gegen Bleivergiftung, Nachtarbeit der Kinder und Jugendlichen in der Landwirtschaft und betreffend die Förderung des beruflichen Unterrichts in der Landwirtschaft.

Durch diese Maßnahmen sollen bereits bestehende weitergehende gesetzliche Bestimmungen nicht berührt werden."

Im Januar 1928 werden weitere Besprechungen über die Durchführung des Programms erfolgen.

Noch bin ich jung ...

Noch bin ich jung und bin bereit,
Mich willig zu verschwenden.
Zur Trauer bleibt im Sarge Zeit,
Und Leben heißt Vollenden!

Das Schwunggetriebe meiner Lust
Kreist singend durch die Tage.
Ein Jubellied — und unbewußt
Wie eine ernste Frage.

Denn was ich tat, war's auch genug,
Erfüllt das dunkle Drängen?
Ich weiß: Mich lockt der Schwalben Zug
Um in Träumen einzuhängen.

Mich lockt das Spiel, ein Sonnenglück
Vom trüben Herbst zu wissen.
Von Treue noch ein Fahnenstück
Um Mast der Not zu hissen.

Im Menschheitskampf mit kühnem Mut
Den letzten Sieg erstreiten.
In mir das rote Erdenblut
Will neue Ewigkeiten.

Utopia, du Morgenzeit,
Weltgläubiges Vollenden — —
Noch bin ich jung und bin bereit
Mich willig zu verschwenden.

Otto Ziese.

Was die alten Völker aßen

Von Albin Michel.

Auch als die Menschen schon längst aus dem Urzustand der Nahrungssuche hinausgewachsen waren, als die Beschaffung von Nahrungsmitteln nicht mehr darauf basierte, daß die Menschen die notwendigen Lebensmittel auf das Geratewohl durch Herumstreifen oder durch Erlangen von wildlebenden Tieren aneigneten, waren die Speisen der Alten vielfach ganz andere, als es unsere Speisen sind. Das Brot z. B. scheint uns zur Nahrung unentbehrlich, und doch hat es in der geschichtlichen Zeit noch viele Völker gegeben, die es nicht kannten, und zwar auch dort, wo die Reisnahrung an Stelle der Brotnahrung unbekannt ist.

Wie es noch heute in Afrika Volksstämme gibt, die den Samen von wildgewachsenen Gräsern sammeln und daraus Speisen bereiten, so geschah dies in längst vergangenen Zeiten sicher überall dort, wo solche wilden Grasarten wuchsen. Aus diesen wildwachsenden Gräserarten sind dann erst die verschiedenen Getreidearten herangezüchtet worden. Dazu war ein sehr langer Zeitraum erforderlich. Infolge von Kriegen und Völkerwanderungen werden auch häufig Rückschläge eingetreten sein, und sicher ergaben diese Züchtigungsversuche zunächst und auf lange Zeit hinaus nur sehr geringe Ergebnisse. Die Körner waren noch klein, unansehnlich, aus ihnen konnte nur sehr wenig Mehl gewonnen werden. In der ersten Zeit wurden diese Körner roh verzehrt; dann ging man dazu über, Körner zu rösten und ihnen dadurch einen besseren Geschmack zu geben. Weiter kamen dann Beispeisen auf. Die Körner wurden im Wasser aufgeweicht und gekocht. Der Brei war so bei vielen Völkern zur Hauptspeise geworden. Auch bei den germanischen Völkern der ältesten Zeit galt der Brei als ein sehr wichtiges, alltägliches Nahrungsmittel. Erst aus der Breinahrung entstand die Brotnahrung und auch nicht sofort, sondern mit der Uebergangszeit, während der noch nicht von einem Brot in unserem Sinne, sondern nur von Fladen gesprochen werden konnte. Der Fladen war ein aus Körnern hergestellter fester Brei, der über dem Feuer geröstet wurde, das erste Brot, das jedoch ohne Salz und Säuerung blieb. Die Römer der ältesten Zeit kannten als Brot nur diese Fladen. Uebrigens wird aus dem Altertum öfter berichtet, daß Fladen und Brot auch aus anderen Bestandteilen wie Getreidekörnern hergestellt sind, noch im Rom der Kaiserzeit wurde dem Getreidemehl oft Binsenmehl beigesetzt und verbacken.

Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Züchtung der Getreidearten nicht so rasch vor sich gehen konnte, daß dazu eine ziemlich lange Entwicklungsreihe gehört haben dürfte. Das trifft noch mehr zu auf Pflanzen und Früchte, die in der Ernährung eine weit geringere Bedeutung hatten als das Getreide. Für Europa kommt dabei weiter in Betracht, daß der Anfang der Zuchtversuche bei Pflanzen und Tieren meistens in Asien oder in Aegypten liegt. So wurden überall noch viele wildwachsenden Früchte und Pflanzen verzehrt, Pflanzen und Früchte, von denen wir heute vielleicht so manche gar nicht mehr kennen und andere, die wir jetzt unbeachtet lassen, weil uns höhergezüchtete zur Verfügung stehen. Wie noch heute in manchen Gegenden Rußlands und auch bei den Balkanvölkern aus den sauren Schlehen ein Mus bereitet und gegessen wird, so lebten auch die alten Völker vielfach von diesen und anderen wilden Baum- und Strauchfrüchten. In den alten Pfahlbauten, die lange vor unserer Zeitrechnung in der Schweiz und in Italien die Wohnungen von Menschen waren, sind mehrfach Funde gemacht worden, die darauf schließen lassen, daß diese Pfahlbauern häufig wilde Aepfel verzehrt haben. Auch Birnen- und Pflaumenüberbleibsel sind dort gefunden worden. So werden noch viele andere wildwachsenden Früchte mit geringer Schmackhaftigkeit als Nahrungsmittel eingesammelt worden sein, wie wir ja heute noch Waldbeeren einsammeln und wie heute noch in einigen deutschen Gegenden aus Holunderbeeren und Hagebutten Mus hergestellt wird.

Auch dort, wo man Fruchtbäume fand, Aepfel, Birnen, Pflaumen usw., schon zu veredeln verstand, wo die Fruchtbäume und ebenso die Fruchtsträucher schon wertvollere, saftigere und leichter verdauliche Früchte lieferten, wird man sich dies nicht ohne Uebergang und nicht in einer einheitlichen Linie vorstellen dürfen. Die Veredelung und Höherzüchtung dieser Bäume und Sträucher geschah sicher nicht systematisch und nicht allgemein. Zuerst waren es die Großen und Vornehmen, die in ihren Gärten und auf ihren Feldern derartige Zucht- und Veredelungsversuche anstellen ließen, erst von diesen Gärten und Feldern aus drangen die veredelten Bäume weiter vor, zunächst in die weitere Umgebung, dann auch in weitere Entfernungen, nach Europa in das Mittelmeergebiet und von dort aus weiter nach dem Norden, nach Deutschland, Nordfrankreich, England, Skandinavien, in dem Gebiete um die Ost- und Nordsee. Verschiedene Nahrungs- und Genußmittel, wie die Kartoffel, die Tomaten, der Kakao, sind in Amerika heimisch, konnten also erst nach der Entdeckung Amerikas zu uns kommen.

Es kann mit großer Sicherheit geschlossen werden, daß selbst in Gegenden, wo der Obstbau aufkam, die große Masse der Bevölkerung noch lange Zeiten Früchte von wildwachsenden Bäumen und Sträuchern einsammelte und verspeiste entweder roh oder gekocht und zu musartigen Speisen hergerichtet. Nicht anders war es bei unseren Gemüsearten. Hier haben wir ein Beispiel aus den Schriften Plinius des Aelteren, der im Jahre 79 unserer Zeitrechnung bei Ausbruch des Vesuvs ums Leben kam. Damals gab es in Italien schon viele und große Spargelzüchtereien, nach Plinius wurde jedoch von der armen Bevölkerung Roms noch sehr viel wildwachsender Spargel eingesammelt. Von vielen Baumfrüchten, Strauchfrüchten und Gemüsearten kennen wir die Pflanzen, von denen sie abstammen, wir wissen, wo deren ursprüngliche Heimat ist und welchen Weg sie genommen haben, ehe sie bis zu uns kamen. Recht häufig ist dieser Weg Vorderasien—Nordeuropa. Andere stammen aus dem Osten Asiens. Dann wird der Weg über Vorderasien nicht immer eingehalten. Bei manchen Pflanzen, wie bei den Getreidearten, läßt sich nicht mehr ermitteln, aus welchen Grasarten sie gezüchtet worden sind.

Noch vieles ließe sich anführen, was beweist, daß die Ernährung der großen Masse der Bevölkerung in weit zurückliegenden Zeiten eine ganz andere gewesen sein muß als heute.

Das Mädel in der Arbeiterjugend

Man hat sich im allgemeinen bis heute noch nicht recht daran gewöhnen können, auch uns Mädels in die Gruppen junger wissensdurstiger Menschen eingereiht zu sehen. Und warum? Nun, erstens ist es nicht „schicklich", daß Burschen und Mädels ohne mütterliche Aufsicht zusammen sind, und dann — braucht sich ein Mädel überhaupt um Dinge zu kümmern, die in einer politischen Jugendorganisation besprochen werden? Die Antwort wird uns nicht schwer fallen.

Gewiß gehen uns die Fragen an, die in unseren Jugendgruppen behandelt werden. Wir wollen nicht mehr, wie unsere Mütter und unsere älteren Schwestern in ihrer Jugend, wenn sich Burschen über die einfachsten Dinge aus dem täglichen Leben unterhalten, dabeistehen, ohne zu verstehen, wie die Zusammenhänge sind, ja wovon überhaupt die Rede ist. Seit knapp zehn Jahren dürfen die Frauen in Deutschland, genau wie die Männer, zur Wahlurne gehen, und auch wir müssen dieser Pflicht nachkommen, wenn wir zwanzig Jahre alt sind. Zuvor müssen wir aber wissen: warum und wozu sind diese Wahlen? Warum gibt es in Deutschland verschiedene Parteien? Was muß geschehen, um uns zu einem besseren Dasein zu verhelfen? Es gibt Gesetze, die wir nicht kennen, deren Kenntnis uns aber in unserem Leben einmal sehr empfindlich fehlen kann. Und hier greift die Arbeit der Arbeiterjugend ein. Unsere Jugendabende bringen uns über diese Fragen Aufklärung, und deshalb ist es auch für ein Mädel, oder gerade für ein Mädel, nötig, in der Arbeiterjugend zu sein.

Uns geht es nicht so gut wie der „höheren Tochter", die bis zu ihrem 18. Jahr die Schule besuchen darf und sonst nichts zu tun braucht. Wir müssen uns während unserer knappen freien Abendstunden von unseren älteren Freunden und Freundinnen, von uns zur Verfügung stehenden Lehrern aus den Arbeiterkreisen über die Schönheit eines Bildes, einer Dichtung oder anderer Kunstwerke und über wissenschaftliche Fragen unterrichten lassen. Wir können nicht mit „Mama" und „Papa" ins Bad reisen, aber wir wollen trotzdem ins Freie, wollen die Natur genießen, nachdem wir sechs lange Wochentage in Fabriken, Werkstuben und Kontoren eingesperrt waren. Und dann ziehen wir eben mit unseren Freundinnen, mit unseren Kameraden, Sonnabend und Sonntag hinaus und spielen und tollen uns aus.

Auf Tanzstunden und Kaffeekränzchen, auf unterhaltsame Abende mit „Herren" verzichten wir gern, denn wir wissen selbst, wie schwer es uns gemacht wird, nur das notwendigste Geld zu unserem Lebensunterhalt zu verdienen und wollen nicht noch mithelfen, jungen Arbeitern den sauer erworbenen Lohn in wenigen Stunden leichtfertig zu verjubeln, abgesehen davon, daß wir durch Vorträge von Aerzten erfahren haben, wie schädlich unseren jungen Körpern Alkohol und in rauchigen Räumen verbrachte Nächte sind.

Mit der Anleitung zur Säuglingspflege, die wir in der Fortbildungsschule erhalten oder erhalten haben, ist uns nicht sehr viel gedient. Wenn wir später einmal Kinder erziehen sollen, müssen wir wissen, wie wir es anzufangen haben, um aus ihnen brauchbare Menschen für die Gemeinschaft zu machen.

Die Jahre des Massenmordes haben uns so recht empfinden gelernt, wie schrecklich es ist, täglich, stündlich um den Vater oder Bruder zu bangen. Darum stehen wir Mädel in unserer Arbeiterjugend in den ersten Reihen der Front gegen den Krieg und wollen unsere Gedanken verbreiten, wann und wo es uns nur möglich ist.

Und in all diesen Dingen stehen wir Seite an Seite mit unseren Jungens, über diese Fragen unterhalten wir uns mit unseren Jungens und wir brauchen uns dabei nicht in dunklen

Winkeln zu verstecken, weil das „schrecklicher“ ist, denn wir sind gewöhnt, einander frei und offen gegenüberzustehen.

Vielleicht kommt auch vom Vater oder von der Mutter einmal der Einwand: ein Mädel gehört in die Wirtschaft, sonst lernt sie nichts. Aber da können wir ebenfalls trösten. Wir kochen auf unseren Fahrten selbst, wenn auch nicht nach dem Kochbuch und nach den Rezepten der Mutter, aber gerade eigene Experimente bereichern die Erfahrung. Und zerrissene Jacken und Hosen, „durchbrochene“ Strümpfe setzen wir unterwegs flink instand, schon damit es zu Hause kein böses Gesicht gibt.

Das Mädel in der Arbeiterjugend wird beweisen, daß es zu einer tüchtigen, kampfesfrohen und kampfesmutigen Proletarierin wird durch die Arbeiterjugend!

Martha D.

Zur Sonne, zur Freiheit — oder . . .?

Die meisten Menschen üben an den bestehenden Zuständen heftige Kritik. Die Berechtigung dazu ist wohl kaum zu bestreiten, sind doch Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne und Gehälter nur die Hauptglieder einer Kette weiterer materieller, seelischer und geistiger Nöte. Mit grausamer Härte lastet das Elend auf der Arbeiterschaft, macht sie mißmutig und beeinträchtigt oft sehr empfindlich ihr Familienleben. Denn der Geldbeutel ist vielfach selbst den lebensnotwendigsten Ansprüchen der Familienmitglieder nicht gewachsen.

Gibt es aus dieser vereinzelten Lage keine Befreiung?

Das ist eine Frage, die das brennendste Interesse der Jugend beansprucht.

Denn die Zukunft wird für die Jugend einst Gegenwart sein. Wird also nicht zur Bessergestaltung der Zukunft Hand angelegt, dann muß die jetzige Generation der arbeitenden Jugend ebenfalls ihr ganzes Leben in den Fesseln dieser traurigen Verhältnisse verbringen. Diese Fesseln sind aber zu sprengen! Eine stattliche Anzahl aus den Reihen der werktätigen Jugend hat schon längst erkannt, daß die Ausbeutung keine unabänderliche Schicksalsbürde, sondern ein fein ausgeklügeltes System für den Eigennutz wirtschaftlicher Machthaber ist. Nur der Zusammenschluß noch viel mehr proletarischer Einzelkräfte ermöglicht die wirksame Bekämpfung der auf dem Egoismus fundierten kapitalistischen und den Aufbau einer auf dem Gesamtwohl beruhenden sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wehe deshalb der denkträgen Jugend, die sich nicht rechtzeitig schult, die sich nur seichten Vergnügungen hingibt und sich dadurch die Erkenntnis und Kraft zum Kampf für ein höheres Menschheitsglück lähmen läßt. Sie tappt noch tiefer in den Elendssumpf.

Eine gesunde Jugend muß den Willen haben, aus den dunklen Niederungen, in denen sie oder ihre Mitmenschen leben, zu der Möglichkeit einer Anteilnahme an den Kulturgütern emporzusteigen. Bringt doch erst deren unbehinderter Genuß für alle Menschen den edlen Auftrieb, der sie zur Gemeinschaft zusammenschweißt, in den Schmarotzer, die nichtstuend von den Arbeitswerten anderer leben, keinen Platz mehr haben.

Es ist gedankenlos und grundfalsch, zu sagen, daß es immer Ausbeuter und Ausgebeutete geben muß. Solche Schlagworte werden von den kapitalistischen Nutznießern nur deshalb der Masse suggeriert, um aus ihr geduldige Schafe zu machen. Fort mit dieser Volksverdummung!

Jugend! Von deiner Einsicht in Weg und Ziel, von deiner Willenskraft und Tatkraft hängt es ab, ob die schönere Zukunft, der Sozialismus, ein Traum bleibt oder lebendige Wirklichkeit wird. Junge Arbeitsgenossen und -genossinnen! Schafft in euch die notwendigen geistigen Voraussetzungen, um das Zusammenleben der Völker und einzelnen Menschen nach dem Gerechtigkeitsideal des klassenbewußten Proletariats zu gestalten. Nicht Fabrikbesitzern und Aktionären soll der Profit der Betriebe zugute kommen, sondern der Allgemeinheit, die den Gewinn erarbeitet hat.

Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen! Werdet Mitglied in den Gruppen der Sozialistischen Arbeiterorganisationen. Ihr findet darin Geselligkeit, gute Unterhaltung und vor allem Bildungsmöglichkeiten, die euch befähigen sollen, die Hindernisse auf dem Wege zur Sonne, zur Freiheit beiseite zu räumen.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht. Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage. Wetterbericht Wirtschafts- und Tagesnachrichten 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus 22: Zeitansage. Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Donnerstag, den 5. Januar 1928. 16.30—18: Rokoko. — 18: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde des Oberschlesiers. 18.50 bis 19.20: Hans Bredow-Schule, Abt. Handelslehre. — 19.20—19.40: Englische Lektüre. — 19.40—19.55: Wintersportfahrten in Schlesien. — 20.10: Franz Baumann singt. Anschließend Die Abendberichte und Funktechn. Briefkasten. — 22.30—24: Tanzmusik.

Kattowitz — Welle 422

Donnerstag. 16.20: Berichte. 16.40: Polnischer Unterricht. 17.05: Bericht, anschließend Vortrag. 17.45: Ueebrtragung aus Warschau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Konzert.

Posen — Welle 280,4.

Donnerstag. 12.05: Uebertragung aus Warschau. 12.45: Militärkonzert. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 19.10: Vorträge. 20.30: Orgelkonzert. 22: Jazzmusik.

Krakau — Welle 422.

Donnerstag. 11.40: Wie vor. 12.05: Uebertragung aus Warschau. 16.40: Stunde für Frauen. 17.20: Vortrag. 17.45: Uebertragung aus Warschau. 18.55: Verschiedene Berichte. 19.35: Vortrag. 20.30: Uebertragung aus Warschau. 22.30: Uebertragung aus Warschau.

Warschau — Welle 1111.

Donnerstag. 11.40: Wie vor. 12.05: Vortrag. 12.30: Aus der Warschauer Philharmonie. 14.40: Berichte. 16: Vorträge. 17.45: Literaturstunde. 18.55: Wie vor. 19.35: Englischer Unterricht. 20.30: Uebertragung aus Posen. 22.30: Tanzmusik.

Wien — Welle 517,2 und 577.

Graz 357,1 — Klagenfurt 272,7 — Innsbruck 294,1 (versuchsw.).

Mittwoch. 11: Vormittagsmusik. 16.15: Nachmittagskonzert. 17: Kinderstunde. 18: Norwegische Volkslieder. 18.30: Stunde der landwirtschaftlichen Hauptkörperschaften. 19.30: Ueber Blutkrankheiten. 20.30: Phantasien und Vaganten. Leichte Abendmusik.

Donnerstag. 11: Vormittagsmusik. 16: Nachmittagskonzert. 17.10: Musikalische Kinderstunde. 17.35: Mitteilungen aus den Bundestheatern. 17.45: Wochende. 18: Stunde der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie. 18.30: Wochenbericht für Körpersport. 19.20: Schubert-Vorfeier.

Wilna — Welle 435

Mittwoch. 17.25: Vorträge. 18.10: Konzert. 19.10: Vorträge. 20.30: Uebetra[illegible]ung aus Warschau.

Donnerstag. 17.[illegible]: Uebertragung aus Warschau. 19.10: Vorträge. 20.30: Uebertragung aus Warschau.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Bismarckhütte. Am Freitag, den 6. Januar, nachmittags 5 Uhr, findet [illegible] Arbeiterkasino Krol. Huta eine Jahresfeier statt, zu der [illegible] Mitglieder, Sänger und Touristen herzlichst eingeladen werden.

Nikolai. Zwecks Umtausch der Bücher werden die Genossen ersucht, dieselben am 4. Januar, von 7—8 Uhr nachm. im Vereinslokale (Ciossek) beim Bibliothekar abzugeben.

Versammlungskalender

Generalversammlungen des Maschinisten- u. Heizerverbandes

Bismarckhütte, 6. Januar, vormittags 10 Uhr.
Kattowitz, 8. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Königshütte, 15. Januar, vormittags 9½ Uhr.
Lipine, 17. Januar, abends 7½ Uhr.
Laurahütte, 22. Januar, vormittags 10 Uhr.
Schwientochlowitz, 29. Januar, vormittags 10 Uhr.

Die Versammlungen finden durchweg in den bisher benutzten Lokalen statt.

Kattowitz. Kinderfreunde. Am Freitag, den 6. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im Zentralhotel, Zimmer Nr. 23, eine wichtige Kinderfreunde-Sitzung statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen wird gewünscht.

Zalenze. Bergarbeiter. Am 6. Januar (Fest der hl. drei Könige) findet bei Golczyk, vormittags 9½ Uhr, eine Mitgliederversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes statt. Die Mitgliedschaft wird gebeten, vollzählig und pünktlich zu erscheinen, da wichtige Angelegenheiten an der Tagesordnung sind. Referenten: Kam. Ritzmann und Genosse Helmrich. Nach der Versammlung findet eine Sitzung der Vorstandsmitglieder der Zahlstelle Zalenze statt. Daher werden die Vorstandsmitglieder gebeten, an erster Stelle zu erscheinen.

Domb-Josefsdorf. D. S. A. P. und Freie Gewerkschaften. Sonntag, den 8. Januar 1928, nachmittags 3 Uhr, findet in Agneshütte die Generalversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften (Bergarbeiter) statt. Da infolge der letzten Versammlung die Vorstandswahl vertagt wurde, wird es zur Pflicht gemacht, daß jedes Mitglied zu erscheinen hat. Referent: Kam. Sekulski.

Königshütte. Ortsausschuß und Lokalkommission. Am Freitag, den 6. d. Mts., nachm. 3 Uhr, Sitzung des Vorstandes des Ortsausschusses Königshütte, sowie auch der Lokalkommission. Am Sonntag, den 8. d. Mts., nachm. 4 Uhr, findet eine Kartellsitzung des Ortsausschusses Königshütte statt. Die Delegierten werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Kostuchna. D. S. A. P. und Freie Gewerkschaften. Sonntag, den 8. Januar 1928, vormittags 9½ Uhr, findet eine Parteiversammlung der D. S. A. P. und der freien Gewerkschaften statt. Lokal wie immer. Zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder ist daher sehr erwünscht. Referent: Sejmabgeordneter Gen. Kowoll.

Vermischte Nachrichten

Ein furchtbares Familiendrama

hat sich in München abgespielt. Der ehemalige Rechtsanwalt Franz Geis, der in dem Vorort Obermenzing bei München eine Villa bewohnt, hatte bei Weihnachtseinkäufen mit einem falschen 100-Markschein bezahlen wollen und war darauf von der Polizei festgenommen worden. Eine bei ihm vorgenommene Durchsuchung förderte für 2200 Mark Falschgeld zutage. Geis war darauf in Haft genommen worden. Als am Weihnachtsmorgen der Gefängnisbeamte ihm das Frühstück bringen wollte, wurde Geis tot in der Zelle aufgefunden; er hatte sich mit Zyankali vergiftet. In der Villa des Rechtsanwalts wurden dann auch seine Frau und deren beide Töchter im Alter von 22 und 23 Jahren bewußtlos aufgefunden. Sowohl die Frau als eine der Töchter sind inzwischen gestorben, während die zweite Tochter noch in Lebensgefahr schwebt. Aus einem hinterlassenen Brief geht hervor, daß die Familie sich vergiftet habe, da sie glaubte, das dem Vater angetane Unrecht nicht überleben zu können. — „Unrecht“?

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.







